

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Deinhardt, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Preiszelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Kapitalistische Schattenbilder.

II. In den letzten Jahren war es fast schon zur Mode geworden, die amerikanischen Arbeiterverhältnisse im Lichte des überschwenglichsten Lobes zu betrachten. Eine ganze sogenannte Amerikaliteratur hatte ihre Schleißen aufgetan, aus denen eitel Milch und Honig floß, wenn über die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und über die Lebenslage der Arbeiter im besonderen im „Lande der unbegrenzten Möglichkeiten“ gesprochen wurde. Und die Tausende, denen es im alten Europa schlecht ging, weil sie mühselig sich kaum den nötigen Unterhalt für das nackte Leben erwarben, lauschten schier andächtig den Verheißungen eines zügellosen Optimismus, der die Mühseligen und Beladenen hinüberzog über das große Gewässer. Und wenn dann einer, dem der Zufall drüben das Glück in den Schoß warf, im gehobenen Bewußtsein seinen Erfolg herüberrief, dann war es den Zurückgebliebenen wie dem ehrsamem Bürger im „Faust“, der an Sonn- und Feiertagen sich nichts Besseres weiß, als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, nur mit dem Unterschied, daß diesen es die todenden Geschichten aus dem sagenhaften Nirwana angetan hatten.

Diese wunderbaren Bilder hat nun ein genauer Kenner der amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse mit rauhem Griff zerstört. William Gunter\*), ein Mann, der viele Jahre mitten unter den Armen der neuen Welt gelebt, hat ein Buch geschrieben, das düstere Schattenbilder der kapitalistischen Wirtschaftsweise enthält und stellenweise einen schauerlichen Ausblick gewährt in den furchterlichen Abgrund des Elends und der Leiden, unter denen Millionen der amerikanischen Nationen zu einem qualvollen Dasein verurteilt sind. Schredliche Ziffern und trockene Tatsachen sind es, die Gunter gesammelt und sie zu einer flammenden Anklageschrift gegen den böllermordenden Kapitalismus verwertet hat. Daß dieses Buch, das uns die amerikanischen Verhältnisse zum erstenmal in einer eingehenden Weise von der anderen Seite sehen läßt, auch unserer deutschen Arbeiterschaft durch die vortreffliche Uebersetzung Dr. Südekums zugänglich gemacht wurde, ist allein schon eine dankenswerte und nützliche Tat. Denn damit wurde die Legende, daß der kapitalistische Aufschwung zugleich auch höhere Wohlfahrt für den Arbeiter bedeutet, gründlich zerstört, und die alte soziologische Wahrheit wieder einmal aufs neue dargetan, daß mit dem Siegeszug des Reichtums Armut und Elend gleichen Schritt halten.

Zunächst ist aus den Mitteilungen Gunters die Tatsache bemerkenswert, daß Daten und Ziffern aus dem amerikanischen Elendsleben nur schwer zu erhalten sind, da man inmitten des faßelhaftesten Reichtums solchen Erscheinungen mit teilnahmslosem Gleichmut gegenübersteht. Der Amerikaner, der zufällig nicht selbst sich unter den Ausgeschlossenen befindet, kennt kein Mitleid und keine rührselige Humanitätsbühnerei. Hier geht der Kampf um den Erwerb über alles und hat alle Gefühle der Menschlichkeit erstötet. Und so bleibt weder Zeit noch Sinn für die Erforschung sozialer Uebelstände, die die erste Voraussetzung für deren Beseitigung wäre. Gunter hat daher auch sein Material, das er verwertete, mühsam selbst zusammengetragen und zu einer Geschichte kapitalistischen Elends vereinigt. Wie überall, wo der Kapitalismus in seiner Reinkultur gesüchtet wird, so ist auch in den Vereinigten Staaten die hohe Sterblichkeit unter der industriellen Arbeiterschaft das sicherste Kennzeichen eines auf ihr lastenden furchtbaren Zustandes. Die Spekulation hat hier vor allem den Boden in einem so ausgebreiteten Maße zu ihrem Objekt gemacht, daß jedes Plätzchen an Raum eine Kostbarkeit darstellt, die für den großstädtischen Arbeiter fast unerreichbar geworden ist. Für die Jugend hat daher die amerikanische Weltstadt keine Gärten, überhaupt kein Stückchen anderen Platz als die Straße, so daß sie fröhlich moralisch herkommt und zu einem Typus ehemaliger Pariser Gamins herabsinkt, die Viktor Hugo also geschildert hat:

„Er lebt in Banden, durchstrolcht die Straßen, nächtigt unter freiem Himmel, trägt ein paar alte Hosen seines Vaters, die ihm bis auf die Fersen heruntergehen, den alten Hut irgendeines anderen alten Vaters, der ihm bis auf die Ohren geht, einen einzigen Hosenträger aus einem Tuchstreifen; er liegt im Hintertisch, durchstöbert alle Winkel, vertritt sich die Zeit, raucht seine Pfeife, flucht wie ein Landsknecht, lüngert bei den Weinwirten herum, kennt die Diebe, duzt alle Dienern, spricht die Gaunersprache, singt zotige Lieder und hat kein Falch im Herzen.“

\*) William Gunter: „Das Elend der neuen Welt“. Deutsche Verlagsanstalt, Berlin W. 80.

Und erst die Wirkungen, die sich aus dem engen Zusammenleben in den teuren Mietkasernen ergeben! Da ist natürlich die Tuberkulose, die in diesen Höhlen haust und die in den Vereinigten Staaten jedes Jahr 1 095 000, jeden Tag 3000 und jede Minute zwei Menschen zum Opfer fordert. Von dem Zimmer eines solchen Hauses erzählt Gunter wörtlich:

„Hier in diesen Räumen saß der Tod und wartete jahrelang. Im dritten Stockwerk nach dem Hofe zu liegt ein Zimmer mit zwei kleinen Kaminen dahinter. In einem schlief ein blinder Schotte, der im Jahre 1894 erkrankte. Seine Frau und sein fünfzehnjähriger Sohn ergaben sich dem Tzunde und die Wohnung verfiel gerade so wie das Haus. Er starb im Hospital. Ein paar Monate später zieht die Krankheit weiter. Langsam begann sein kleines Töchterchen zu fliebern, zu husten die langen Nächte hindurch. Der schmutzige Hof war ihre einzige Aussicht. Schließlich starb sie. Mutter und Sohn ziehen aus. Aber in den Räumen lebten die Keime weiter. Ein einziger Tag voll hellen Sonnenscheins würde sie wahrscheinlich alle getötet haben; in Dunkelheit können sie zwei Jahre alt werden. Hier lebten sie in der Finsternis, an schmutzigen Wänden, staubigen Ecken und auf dem schmierigen Fußboden. Ein Jahr später, im Oktober, mietete ein Jude dieses Zimmer. Er wurde angesteckt und starb im Sommer. Im Herbst zog ein Deutscher mit seiner Frau in jenes Zimmer. Sie bekam ebenfalls die Schwindsucht und starb. Dann kam eine irische Familie. Der Vater war ein starker, kräftiger Arbeiter und liebte seine Kinder. Der Anblick der Wohnung verbesserte sich, aber nach sechs Monaten hatte er die Schwindsucht. Er starb im Jahre 1901. Das ist die Geschichte eines einzigen Zimmers im Laufe von sieben Jahren.“

Von einem anderen Einwanderer, der zwei Jahre vor seinem Schicksal nach Amerika gekommen war, berichtet Gunter weiter:

„In Nr. 18 der Clintonstraße, hinten in einem Hinterhause, liegt ein junger rumänischer Jude an der Schwindsucht auf den Tod danieder. Ich war mit dem jüdischen Doktor gekommen. Mit jedem Atemzug fühlte ich den schweren, fauligen Geruch von Armut, Unwissenheit, Schmutz und Krankheit. In diesem Zimmer, das nur 10 Fuß im Geviert maß, lagen sechs Menschen auf dem Fußboden aneinandergedrückt, rieben sich den schweren Schlaf aus den ermüdeten Augen und starrten uns stumpf an. Zwei kleine Fenster gaben Luft von einem stinkenden Hof, der — von einer 30 Fuß breiten und fünf Stockwerk tiefen Grube umgeben war. In jeder Raum war ein Kamin, zwei Fuß lang und sieben Fuß breit, mit einem vergitterten Oberlichtfenster nach einem 18 Zoll großen Lichtschacht. Und in diesem Kabinett schliefen noch vier Personen, drei in einem Bett und ein Kind in einer Wiege. „Luft, Luft, gebt mir Luft!“ Die Krankheit des Mannes war ansteckend, und nun lag er hier schon zwei lange Wochen im Sterben. Von seinem schmutzigen Bett aus konnte er den einzigen Tisch erreichen, an dem zwei Familien aßen; der Kochherd war nur sechs Fuß von ihm entfernt, der Speiseschrank über seinem Kopfkissen; er konnte mit der Hand die eine der Wiegen berühren, in der sein Kind lag, das erschreckt auf seine sonderbare Haltung starrte. Denn sein abgezehrter Körper war so schwach, um sich aufzurichten, aber aus Mangel an Luft und mit seinen Schmerzen konnte er sich auch nicht niederlegen. Sein junges Weib stützte ihn, während die Schläfer schweigend ihn anglohten; und der schredliche Seufzer kam immer wieder, aber jetzt mit einem neuen und furchtbaren Ausdruck. „Luft — Luft — Luft! oder tötet mich, ach, tötet mich!“

Von besonderem Interesse ist das Kapitel, das Gunter der Einwanderung widmet. Der Strom der fremden Arbeiter, die alljährlich durch die phantastischen Schilderungen einerseits, und durch die Versprechungen gewissenloser Agenten andererseits angelockt, in der neuen Welt ihr Glück zu finden hoffen, rekrutiert sich erklärlicherweise zumeist aus sozial tiefstehenden Nationen, die schon in der Heimat der größten Not preisgegeben sind. So sind in Italien im Jahre 1886 allein mehr als 7000 Agenten tätig gewesen, die sich mit dem „Export“ von Menschenware für die Gewissenlosesten, die amerikanischen Kapitalisten, beschäftigten. Neben diesen haben natürlich die Dampfschiffahrtsgesellschaften das größte Interesse an dem ungeheuren Zuzug von Menschen, die sich denn auch mit allen Mitteln gegen eine Beschränkung der Einwanderung wehren. So sandte vor einigen Jahren der Generalagent des Norddeutschen Lloyd an seine Unteragenten in allen Teilen Amerikas folgendes Schreiben:

„Mittwoch kommt im Haus das Einwanderungsgesetz auf die Tagesordnung. Telegraphiert auf unsere Kosten an Euren Abgeordneten, gegen vorgelegene Einschränkung zu protestieren und Ablehnung des Gesetzes zu fordern. Mitteilt ihm, daß „Ja“-Stimme Niederlage bei nächster Wahl bedeutet.“

Gezeichnet H. Clausenius u. Co.“

Und in derselben Art wurden und werden in Amerika Zeitungen beeinflusst und bestochen, wenn es sich um eine Sache handelt, die dem kapitalistischen Profit gefährlich erscheint. So kommt es auch, daß in Amerika eine Arbeiterchutzgesetzgebung beinahe vollständig mangelt, und daß die Zahl der gewerblichen Unfälle weit höher ist als überall. Das sind Verhältnisse, wie sie John Ruskin in die Worte zusammengefaßt hat: „Eine große Nation verschwendet nicht ihren ganzen nationalen Geist daran, monatlang die Zeugenaussagen wegen eines einzigen Mordes, den ein einzelner Schurke begangen hat, abzuwägen, und sieht jahrelang zu, wie ihre eigenen Kinder sich gegenseitig zu Tausenden oder Zehntausenden täglich umbringen, und denkt dabei nur, welchen Einfluß es auf den Baumwollpreis hervorbringen wird, und kümmert sich in keiner Weise darum, festzustellen, auf wessen Seite das Recht liegt. Ebensovienig scheidt eine große Nation ihre kleinen Jungen ins Gefängnis, weil sie Wallnüsse gestohlen haben, und erlaubt ihren Bankrottmachern, Hunderte und Tausende mit einer höflichen Verbeugung zu fleheln und ihren Bankiers, die sich an den Ersparnissen armer Leute bereichert haben, ihre Türen zu schließen unter Umständen, über die sie keine Kontrolle haben, und mit einem flüchtigen „Verzeihen Sie“, und läßt Ländereien von Menschen verkaufen, die ihr Geld erworben haben, indem sie mit bewaffneten Schiffen in den chinesischen Gewässern umherfuhren und mit geladenen Kanonen Opium verkauften, wobei sie zum Besten der Nationen die gewöhnliche Räuberforderung „Euer Geld oder Euer Leben“ umwandeln in „Euer Geld und Euer Leben“. Auch gestattet eine große Nation nicht, daß ihre unschuldigen Armeen durch Sumpffieber oder Typhus ums Leben gebracht werden, damit ihre Hausbesitzer wöchentlich Sixpence extra verdienen; und debattiert dann mit heuchlerischen Tränen und teuflischen Sympathien, ob sie nicht das Leben ihrer Mörder fromm retten und liebevoll pflegen müsse.“

Das sind die Schattenseiten des amerikanischen Lebens, wie sie der Kapitalismus in seiner Hochkultur zeitigt. Gewiß ist derselbe auch anderswo von den gleichen Tendenzen und Gefühlen befeelt. Allein nirgends ist die kapitalistische Entwicklung bis zu jenem Reifegrad gediehen, wie eben in den Vereinigten Staaten. So ist also das Bild Gunters ein Schulbeispiel für die verheerenden Wirkungen, zugleich aber auch eine Warnung an die europäischen Arbeiter und ein Menetekel für die kapitalistische Kultur.

## Die Holzindustrie im Königreich Bayern.

(Schluß)

Die Zunahme der industriellen Bevölkerung ist in der Periode 1895 bis 1907 ebenso wie in der Periode 1882 bis 1895 allen Regierungsbezirken gemeinsam, verhältnismäßig am stärksten vermehrte sich die industrielle Bevölkerung in der Pfalz mit 31,8 Proz. und in Mittelfranken mit 35,6 Proz. Von der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe kamen 20 995 Erwerbstätige auf Oberbayern, 6765 Erwerbstätige auf Niederbayern, 11 828 auf die Pfalz, 5573 auf die Oberpfalz, 11 769 auf Oberfranken, 21 666 auf Mittelfranken, 7461 auf Unterfranken, endlich 10 635 auf Schwaben. Im allgemeinen hat unsere Industriegruppe in Bayern keine besonders starke Stellung; am stärksten war sie verbreitet in Mittelfranken mit 44 unter 1000 Erwerbstätigen, am schwächsten in Niederbayern mit 16 unter 1000 Erwerbstätigen. Unter den 28 Berufsgruppen steht die der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe in der Oberpfalz an siebenter, in Mittelfranken an achter, in Oberbayern, Oberfranken, Unterfranken und Schwaben an neunter, in Niederbayern an achter und in der Rheinpfalz an erster Stelle.

Unter den Erwerbstätigen unserer Berufsgruppe wurden neben 85 308 männlichen 11 374 weibliche gezählt. Es waren 28 921 männliche Selbstständige, 2782 weibliche Selbstständige, 2575 männliche und 401 weibliche Angestellte, endlich 58 812 männliche und 8191 weibliche Arbeiter. Auf je 1000 Arbeitskräfte in den bayerischen Industrien der Holz- und Schnitzstoffe kamen 878 männliche und 129 weibliche.

Zu den sieben der 26 Berufsgruppen, die die größte Anzahl Selbständiger aufweisen, gehören auch die Industrien der Holz- und Schnitzstoffe, die unter diesen sieben gerade in der Mitte, also an vierter Stelle stehen, und daher mit zu den Berufen gerechnet werden müssen, in denen der Kleinbetrieb noch vorherrscht. Berechnet man, wie viele Arbeiter im Durchschnitt auf einen Selbständigen kommen, so ergibt sich für das ganze Land die Zahl 3,0, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe bleibt aber mit 2,5 noch unter diesem Durchschnitt.

Vergleicht man jedoch die früheren Zählungen mit der des Jahres 1907, so ergeben sich nachstehende Zahlen, die die Entwicklung kennzeichnen. Von 1895 bis 1907 hat in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe die Zahl der Selbständigen um 1460, in der Zeit von 1882 bis 1895 um 2188 abgenommen, die Zahl der Angestellten stieg aber von 1895 auf 1907 um 1706, von 1882 bis 1895 um 1001, und die Zahl der Arbeiter wuchs von 1895 bis 1907 um 14 140, von 1882 bis 1895 um 22 010. Somit ergab sich in diesen beiden Perioden eine Abnahme der Selbständigen um 5,2 und um 7 Proz., eine Steigerung der Angestelltenzahl um 134,8 und 372,1 Proz., ein Wachstum der Arbeiterzahl um 26,7 und um 71,3 Proz. Trotz des kleingewerblichen Charakters der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe in Bayern treten doch die Zeichen für die Entwicklung zum Großbetriebe deutlich in Erscheinung. Sehr charakteristisch ist das starke Steigen der Zahl der Angestellten, unter denen die Statistik die „nicht leitenden Beamten, überhaupt das wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildete Verwaltungs- und Aufsichts- sowie das Rechnungs- und Bureaupersonal“ versteht. Daß die Anwesenheit derartiger Angestellter und natürlich auch das Wachstum ihrer Zahl einzig und allein mit dem Entstehen und mit der Entwicklung des Großbetriebes zusammenhängt, bedarf für jeden Kenner der Verhältnisse keiner besonderen Auseinandersetzung. Insbesondere ist es für die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe besonders beachtenswert, daß die Zahl der Selbständigen um mehr wie ein Zwanzigstel in der Periode 1895 bis 1907 sank, während die Zahl der Arbeiter in der gleichen Spanne Zeit um über ein Viertel gestiegen war.

Von einer erheblichen Bedeutung, wenn auch weniger für die Volkswirtschaft als für die hier von betroffenen Personen ist die Feststellung des Nebenberufes. Es wurde bekanntlich jedermann in Deutschland am 14. Juni 1907 gefragt: „Neben Sie einen oder mehrere Nebenberufe aus, oder eine nebenfachliche Erwerbstätigkeit, welche?“ Und dann wurden auch weiter Fragen gestellt über die Art der Betätigung in dem Nebenberufe. Für die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe waren bei 96 682 hauptberuflich Erwerbstätigen 19 076 hiervon, oder 20,7 Proz., die einen Nebenberuf hatten. Von 12 325 selbständigen Tischlern hatten 6506, das sind 52,8 Proz., also mehr als die Hälfte, einen Nebenberuf. Noch ungünstiger war das Verhältnis bei den selbständigen Stellmachern, wo von 5121 hauptberuflich erwerbstätigen Selbständigen 3655 oder 71,4 Proz. einem Nebenberufe nachgingen. Von 4664 hauptberuflich erwerbstätigen selbständigen Korbmachern hatten 2174 oder 46,6 Proz. einen Nebenberuf. Diese Zahlen sind überaus lehrreich für die Feststellung der Kraft des Handwerkes. Wir sehen zum Teil über die Hälfte, ja fast drei Viertel der Selbständigen einem Nebenberufe nachgehen, weil sie sich in ihrem eigenen Berufe, dem sie als Selbständige angehören, nicht erhalten können. Hinsichtlich der Arbeiterfrage ergibt sich für die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe (die Zahlen in 1905 geben wir in Klammern), daß im Jahre 1907 402 (1102) mithelfende Familienangehörige gezählt wurden, von diesen waren 1347 (110) nebenberuflich erwerbstätig, das heißt 28,1 (10,0) Proz. Hauptberuflich erwerbstätige gelernte Arbeiter wurden 44 726 (44 070) gezählt, davon sind 3427 (2417) nebenberuflich erwerbstätig, also 7,7 (5,5) Proz. Sehr auffallend ist das Wachstum der ungelerten Arbeiter und ihrer Nebenberufe. Von den 17 485 (7711) waren 2067 (455) nebenberuflich erwerbstätig oder 11,8 (5,9) Prozent. Hier sehen wir als Folge der ungünstigen Entlohnung der Arbeiter den Zwang nach der meist langen Arbeitszeit noch in irgendeiner Art dem Erwerbe nachzugehen. In der Tischlerei waren es 2260, in der Holzzurichtung und Konfektionierung 1513 gelernte und ungelernete Arbeiter, die einem Nebenberufe nachgehen.

Von 1895 auf 1907 wuchs in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe die Zahl der nebenberuflichen Arbeiter, die als mithelfende Familienmitglieder gezählt wurden, von 611 auf 1935 und die der ungelerten nebenberuflichen Arbeiter von 301 auf 968, dagegen ging die Zahl der nebenberuflich gelernten Arbeiter von 1087 auf 811 zurück. Haupt- und nebenberufliche Arbeiter zusammen wurden in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe Bayerns gezählt im Jahre 1895 1718 mithelfende Familienmitglieder, 45 157 gelernte Arbeiter und 8012 ungelernete Arbeiter, dagegen im Jahre 1907 6727 mithelfende Familienmitglieder, 45 597 gelernte Arbeiter und 18 453 ungelernete Arbeiter. Diese Gegenüberstellung ist außerordentlich lehrreich, sie zeigt uns bei einem starken absoluten Steigen der Arbeiterzahl ein fast völliges Gleichbleiben der Zahl der gelernten Arbeiter trotz der erheblichen Vermehrung der Bevölkerung in der Periode 1895 bis 1907, während in der gleichen Periode die Zahl der mithelfenden Familienmitglieder sich fast verdreifacht hat und die Zahl der ungelerten Arbeiter sich kräftig verdoppelt hatte.

15 704 männliche und 1055 weibliche Arbeiter der Gruppe Industrie der Holz- und Schnitzstoffe hatten Nebenberuf in der Landwirtschaft, von 1000 Arbeitern unserer Industriegruppe 173.

Unter den neun in München am stärksten vertretenen Berufsgruppen befindet sich die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe nicht, dagegen steht sie in Nürnberg mit 10 136 Erwerbstätigen oder 6,7 Proz. aller an sechster Stelle.

Damit haben wir die wichtigsten Ergebnisse des zuerst erschienenen Bandes der Bayerischen Berufsstatistik über die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe erschöpft. Wohl enthält der Band 80 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern noch eine ganze Reihe von Nachweisungen über die Erwerbstätigen, die Dienenden, die Angehörigen, den Nebenberuf der in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe Tätigen, und zwar für das ganze Königreich und für jeden einzelnen der acht Regierungsbezirke, doch würde es zu viel Raum einnehmen, diese zahlreichen Tabellen hier abzufragen. Wir werden ja noch häufig auf diese Zahlen zurückzukommen haben, für diesmal werden die hier angegebenen Hauptresultate genügendes Interesse hervorrufen.

### Staatliche und kommunale Arbeitslosenfürsorge.

#### II.

Von der sozialdemokratischen Partei sind in mehreren einzelstaatlichen Parlamenten wirksame Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter bei Arbeitslosigkeit gefordert worden. So brachten unsere Genossen in der zweiten württembergischen Kammer Anfang Februar 1907 folgenden Antrag ein:

„Es sollte die Staatsregierung einen Gesekentwurf vorlegen, auf Grund dessen an solche Gemeinden Staatsbeiträge gewährt werden, die Zuschüsse an die Berufsvereine von Arbeitern und Angestellten zu den von ihnen an ihre Arbeitslosen geleisteten Unterstützungen zahlen. Von den Gemeinden ist ein besonderer Arbeitslosenfonds einzurichten; an dessen Verwaltung sind die an diesem Fonds angeschlossenen Berufsvereine zu beteiligen.“

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags beantragte am 19. Februar 1908: „Es sei die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage baldmöglichst einen Gesekentwurf vorzulegen, nach dem Vereine (Gewerkschaften), die bei eintretender Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern statutenmäßig Unterstützung gewähren, einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten.“

Dem von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Simon begründeten Antrag erkaufte aber in dem christlichen Arbeiterabgeordneten Osvald ein entschiedener Befämpfer. Er wollte die Arbeitslosenversicherung dem Reiche oder den Gemeinden überlassen; er meinte: „Durch den Staat innerhalb unseres engeren begrenzten Vaterlandes kann diese Geschichte nicht gemacht werden. — Ich bin der Meinung, daß wir alle ein Interesse haben, die Sache auf einer anderen Weg zu leiten.“ Den Sozialdemokraten gelang es trotzdem, während der Verhandlungen einen Umschwung in der Beurteilung der Sache durch die bürgerlichen Abgeordneten herbeizuführen, und wurde der Antrag dann dem 10. (Arbeitslosen-) Ausschusse überwiesen. In diesem Ausschusse wurde auf Antrag des Zentrumsabgeordneten Grafen v. Beseler der sozialdemokratische Antrag angenommen und beschlossen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen: 1. die Beschaffung einer gen. Angaben umfassenden Arbeitslosenstatistik baldigst in Angriff zu nehmen; 2. ihre auf den Ausbau und die Zentralisierung des Arbeitsnachweises gerichteten Bestrebungen fortzusetzen; 3. bei den größten bayerischen Stadtgemeinden die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung nach Center System für ihre Gebiete anzuregen.“ Die Kammer stimmte diesem Antrage mit folgendem Zusatz zu: „Der Ausbau des Systems soll in einer Aussprache von Vertretern aller Kreise, die ein Interesse an der Arbeitslosenversicherung nehmen, besprochen werden.“ Diese Aussprache war in Form einer Konferenz im Ministerium des Innern gedacht. Mittlerweile wurde diese Konferenz für den 12. November 1908 zur mündlichen Erörterung der Frage nach München einberufen. Eingeladen hierzu wurden neben Vertretern der Stadtmagistrate der größeren Städte die Referenten der Abgeordnetenkammer, der sozialistische Abgeordnete Simon, der Vorsitzende der bayerischen Arbeitsnachweise, der Inspektor des städtischen Arbeitsamtes München, die Gewerkschaftskartelle München und Nürnberg, das christliche und Hirsch-Dundersche Ortskartell, Vertreter der Handels- und Gewerbekammern sowie der Handwerkskammer, und endlich die Ausschussmitglieder der 3. Abteilung der Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel.

Die Grundlage dieser Konferenz bildete das vom Ministerium des Innern hierzu aufgestellte Arbeitsprogramm mit nachstehenden Hauptfragen, welchen sich wieder eine Reihe bis ins Detail gehender Spezialfragen bei jedem einzelnen Punkte angliedern:

#### Hauptfragen.

1. Ist die Durchführung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung angezogen und möglich? Ist es insbesondere Aufgabe der Gemeinden namentlich der großen Städte, auf diesem Gebiete einzugreifen?
2. Auf welche Fälle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit soll die gemeindliche Fürsorge erstrecken?

a) Ist die gemeindliche Unterstützung auszuschließen oder zu beschränken, wenn die Arbeitslosigkeit verursacht ist

1. durch Arbeitsunfähigkeit oder infolge körperlicher oder geistiger Krankheiten oder Gebrechen eingetretener Erwerbsbeschränktheit?
2. durch Streik?
3. durch Aussperrung?
4. durch eigenes Verschulden?

Auf welchen Personenkreis soll sich die gemeindliche Fürsorge erstrecken?

a) Sind außer den in Industrie und Handel Beschäftigten auch die in Landwirtschaft Tätigen einzubeziehen?

b) Sind nur die der Arbeitslosigkeit in besonderem Maße ausgesetzten Berufsarten einzubeziehen?

Ist nach den Beziehungen zur Gemeinde eine Beschränkung der gemeindlichen Fürsorge zuzulassen oder zu empfehlen?

a) Auf die schon seit längerer Zeit in der Gemeinde Wohnhaften oder Erwerbstätigen?

b) Auf die in der Gemeinde Beheimateten?

Welche Form der gemeindlichen Fürsorge ist am meisten empfehlenswert?

a) Die Förderung der vollständig und ausschließlich dem Sparenden selbst zugute kommenden Spartätigkeit von Einzelpersonen und Vereinen?

b) Die Errichtung einer das Risiko auf sämtliche Versicherte verteilenden gemeindlichen Versicherungsanstalt? Kann sich die Gemeinde in diesem Falle auf die Gewährung eines festen Zuschusses an die Anstalt beschränken oder soll sie die unbeschränkte Haftung für die Ausbezahlung der vorgeesehenen Rassenleistungen übernehmen?

c) Die Förderung der Versicherungsrichtungen der Arbeiterverbände, und zwar:

1. aller die Arbeitslosenunterstützung betreibenden Verbände ohne Unterschied?

2. nur jener Vereinigungen, die sich ausschließlich mit der Arbeitslosenfürsorge befassen?

3. jener Vereinigungen, die zwar auch andere Zwecke verfolgen, aber die Verpflichtung übernehmen, auch Nichtmitglieder speziell der Arbeitslosenversicherung zuzulassen?

4. Ist die gemeindliche Fürsorge zweckmäßiger auf andere Weise oder durch gleichzeitige Anwendung mehrerer der erwähnten Formen zu erstreben?

Wie ist die Pflicht zur Annahme der Arbeit zu regeln?

Welche Kontrollmaßregeln erscheinen notwendig und durchführbar?

Gewährung eines gemeindlichen Zuschusses zu den Leistungen der Arbeiterverbände:

Sind für die Zulassung der Verbände zur Teilnahme an den Zuschüssen der Gemeinde besondere Bedingungen zu stellen in bezug auf

a) die Beschränkung der Verbandsstätigkeit auf Bayern?

b) die Errichtung einer besonderen örtlichen Verwaltungsstelle in Bayern oder in der betreffenden Gemeinde?

c) die Erreichung einer Mindestzahl von Mitgliedern?

Ist der Zuschuß den Arbeiterverbänden als solchen zu geben oder den einzelnen arbeitslos gewordenen Verbandsmitgliedern zuzuwenden?

Ist letzterenfalls

a) die Auszahlung durch ein gemeindliches Organ (z. B. das Arbeitsamt oder die Stadtkasse) zu besorgen oder zur Vereinfachung der Geschäftsführung vorschriftsweise den betreffenden Arbeiterverbänden zu übertragen?

b) die bei jeder Ausgabe der gemeindlichen Gesamtleistung die Höhe des Zuschusses für die einzelnen Versicherten sachkundig monatlich im voraus zu bestimmen oder erst nach Ablauf des Winters nach Maßgabe der verfügbaren Mittel für alle gleichmäßig zu bemessen und ein etwaiger Ausfall den die Vorschüsse leistenden Verbänden zu überbürden?

Ein reichhaltiges Programm, das an sich schon dafür bürgen dürfte, daß die Regelung der Fürsorge für Arbeitslose in Bayern nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet.

Zu gleicher Zeit ordnete die bayerische Staatsregierung die Inangriffnahme einer Reihe öffentlicher Arbeiten an, soweit diese im Winter ausgeführt werden können.

Soweit der derzeitige Stand der staatlichen Arbeitslosenfürsorge.

### Die Arbeiterssekretariate über die Rechtsprechung in Unfallversicherungssachen.

gh. Als seinerzeit die Unfallversicherung in Deutschland geschaffen wurde, stellten es die Befürworter dieser sozialen Reform als einen großen Vorzug der neuen Gesetzgebung gegenüber dem bis dahin geltenden Haftpflichtgesetz hin, daß die vielen Prozesse um die Unfallentschädigung in Zukunft vermieden wurden. Denn bis dahin mußten die verunglückten Arbeiter, die auf Grund des Haftpflichtgesetzes einen Anspruch auf eine Unfallentschädigung hatten, ihr gutes Recht meistens erst in langwierigen Prozessen erkämpfen. Nach den Unfallversicherungsgesetzen dagegen, so hofften die Väter dieser Gesetzgebung, ist das Recht der verunglückten Arbeiter auf die gesetzliche Unfallentschädigung so klar, daß es darüber zu einem Prozeß entweder niemals oder doch nur verschwindend selten kommen kann. Diesen Vorzug der Unfallversicherung schätzten die Gesetzgeber so hoch ein, daß sie als Ausgleich für die „Benachteiligung“ der verunglückten Arbeiter den Betrag der Entschädigung nach den Unfallversicherungsgesetzen viel ge-

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Lischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Böhlen in Thüringen, Dessau (Buket), Jena (Grove), Neuwied a. Rh. (Schulbankfabrik Remy u. Cie.), Reifenhäusen, Swinemünde, Worms, Basel, Bern in der Schweiz, Budapest, St. Louis in Frankreich;
- Mobeltischlern nach Triesitz;
- Korbmachern nach Braunshweig (Franz Unger, früher Steinbäge), Fürstberg a. Od., Guben, Schönebeck a. Elbe (Silberbrand).
- Claviermachern nach Zürich,
- Sägern nach Lüdinghausen i. Westf. (Nierhoff);
- Vodenlegern nach Berlin.

inger ansetzen als der, den die verunglückten Arbeiter nach dem Haftpflichtgesetz bis dahin zu beanspruchen hatten. Die Praxis der Unfallversicherungsgesetze hat aber leider dazu geführt, daß die verunglückten Arbeiter zwar mit der viel niedrigeren Entschädigung abgespeist werden, sehr viele Prozesse um die Entschädigung jedoch nach wie vor zu bezeichnen sind. Unsere Gegner sind schnell mit dem Vorwurf bei der Hand, daß die Schuld an den vielen Prozessen einzig und allein der „Begehrlichkeit“, der „Rentensucht“ der verunglückten Arbeiter zugeschrieben werden muß. Denn die allermeisten Prozesse strengen die Arbeiter an, und zwar unberechtigterweise, da sie meistens mit ihren Ansprüchen schließlich doch zurückgewiesen werden.

Wenn wir aber die Entscheidungen, durch die die Schiedsgerichte und das Reichsversicherungsamt die verunglückten Arbeiter mit ihren Klagen abgewiesen haben, etwas genauer ansehen, dann bekommen wir ein ganz anderes Bild von den Verhältnissen. Hier eine Entscheidung, über die das Arbeiterssekretariat in Lübeck berichtet: Ein Arbeiter fiel bei der Arbeit am 9. Dezember 1905 in die Trabe, so daß er bis unter den Armen im Wasser stand. Er ging nach Hause, zog sich um und nahm nach etwa einer Stunde die Arbeit wieder auf. Am 12. Dezember mußte er aber wegen Wichtschmerzen die Arbeit niederlegen. Der Arzt stellte eine gichtisch-rheumatische Erkrankung der großen Zehe des linken Fußes im Mittelfuß-Behengelenk fest, die sich nach etwa 8 Tagen auch im rechten Fuße zeigte, auch die Knie- und Ellenbogengelenke ergriff. Am 8. Februar 1906 war der Kranke von heftigen Schmerzen in der Brust und in der Herzgegend gequält. Am 7. Februar starb er. — Der behandelnde Arzt war der Meinung, daß der Fall ins Wasser am 9. Dezember bei der Erkrankung und dem Tode des Arbeiters mitgewirkt haben könne. Anderer Meinung war der Vertrauensarzt des Arbeitgebers, der zwar die Möglichkeit anerkannte, daß der Tod mit der Erkrankung im Zusammenhang stehe, es aber für unwahrscheinlich erklärte, daß die Erkrankung irgend etwas mit dem Fall des Arbeiters ins Wasser zu tun habe. Der weitere zu Rate gezogene Professor Dr. A. in A. dagegen erklärte, er halte es für möglich, daß der Fall ins Wasser zum Ausbruch der Gicht beigetragen habe, es sei aber unwahrscheinlich, daß der Gichtanfall die tödliche Herzerkrankung zur Folge gehabt habe. Das Reichsversicherungsamt folgte dem letzten Gutachten und wies die Hinterbliebenen mit ihrer Forderung auf Entschädigung ab.

Ein zweites Beispiel aus dem Bericht des Arbeiterssekretariats in Berlin. Ein Tischler hat am 2. November 1905 beim Holztragen einen Betriebsunfall erlitten. Er mußte eine Last von 75 Pfund aus dem Keller nach der Werkstatt im vierten Stockwerk tragen. Schon damals, als ihm der Kreisläger die Holzstücke aufpakte, habe er einen Druck gespürt. Beim Transport hätten sich die Teile verschoben. Der Arbeiter wollte sie durch einen Kuck wieder ins Gleichgewicht bringen. Bei dem Kuck habe er einen heftigen Schmerz empfunden. Er habe die Last abwerfen müssen und die Holzstücke einzeln hinaufgetragen. Da die Schmerzen nicht nachließen, ging er am 5. November zum Arzt, der „rheumatische“ Weshwerden feststellte und ihn bis zum 27. Dezember 1905 behandelte. Dann wurde er einem Krankenhaus überwiesen und aus diesem am 9. Februar 1906 ungeheilt entlassen. Bei der Aufnahme stellten die Ärzte im Krankenhaus fest, daß der Arbeiter an Erweiterung der Schlagader leide. Die Norddeutsche Holz-Verufsgenossenschaft verweigerte eine Unfallentschädigung, da das Leiden nicht die Folge eines Betriebsunfalles sei. Das Schiedsgericht holte das Gutachten des Prof. St. ein. Dieser Sachverständige sprach sich dahin aus, daß das Leiden des Arbeiters durch das Tragen der 75 Pfund schweren Last wesentlich verschlimmert worden ist. Das Reichsversicherungsamt entschied trotzdem, daß das Leiden des Arbeiters nicht die Folge des Betriebsunfalles sei. Das Aufheben und Tragen einer Bretterlast von etwa 75 Pfund ist an sich für einen Tischler und einen Mann, wie der Kläger, keine übermäßig schwere Arbeit. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß die Arbeit, die der Kläger am 2. November 1905 geleistet hat, einen wesentlichen Einfluß auf den Verlauf der Arterienverkalkung, die unzweifelhaft schon vor dem 2. November vorhanden war,

gehabt hat. Das Leiden war damals offenbar schon weit fortgeschritten, so daß ein geringer Anlaß genügte, eine Verschlimmerung der schon bestehenden krankhaften Schlagaderveränderungen herbeizuführen. Hierfür spricht auch das Gutachten des Prof. St., obwohl es im Endergebnis zu einer entgegengesetzten als der hier vertretenen Auffassung gelangt. Unter diesen Umständen ist die Arbeit des Klägers am 2. November 1905 nur die Gelegenheit, nicht die Ursache für die Schlagadererweiterung gewesen. Eine Unfallrente steht dem Kläger nicht zu, weil es sich nicht um einen Unfall, sondern um eine Krankheit handelt.“ Das Reichsversicherungsamt wies also auch diesen Arbeiter mit seinem Anspruch auf eine Entschädigung ab.

Aber auch dann, wenn ein Arbeiter eine Zeitlang eine Unfallentschädigung erhält, kommt es oft genug nach einigen Jahren zu einem Prozeß. Die Berufsgenossenschaft behauptet, die Verhältnisse haben sich so verändert, daß der Arbeiter nicht mehr einen Anspruch auf seine bisherige Rente habe. Dem verunglückten Arbeiter aber ist es oft, selbst beim besten Willen, nicht möglich, etwas von der angebliehen Veränderung der Verhältnisse zu entdecken. Ein Arbeiter in Halle, hierüber berichtet das dortige Arbeiterssekretariat, hatte im Jahre 1900 infolge eines Unfalles den kleinen Finger der rechten Hand verloren. Für diese Beschränkung seiner Erwerbsfähigkeit bezog er eine Rente von 10 Proz. Im Jahre 1904 hatte die Berufsgenossenschaft dem Arbeiter die Rente entzogen, weil er sich — an seinen Zustand gewöhnt habe. Das sei die eingetretene „Veränderung der Verhältnisse“. Die Klage des Arbeiters hatte den Erfolg, daß das Schiedsgericht die Entziehung der Rente für unzulässig erklärte. Ende des Jahres 1906 wiederholte die Berufsgenossenschaft ihren Versuch, dem Arbeiter die Rente zu entziehen. Wiederum entschied das Schiedsgericht, daß kein Grund zur Einstellung der Rentenzahlung vorliege. Es betonte in der Begründung seiner Entscheidung, daß der Verlust des kleinen Fingers an der rechten Hand für jeden Arbeiter, der auf seiner Hände Arbeit angewiesen ist, eine empfindliche Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit zur Folge habe; dies könne auch durch Angewöhnung und Anpassung nicht völlig ausgeglichen werden. Hiergegen legte die Berufsgenossenschaft Rekurs an das Reichsversicherungsamt ein. Dieses fand heraus: die derben Arbeitsschwielern an der rechten Hand und die straffe und kräftige Muskulatur des rechten Armes beweisen, daß der Verletzte sich in der langen Zeit an seinen Zustand vollständig gewöhnt und gelernt habe, mit den ihm verbliebenen vier Fingern gehörig zu arbeiten und dabei auch zuzugreifen und festzuhalten. Aus diesen Gründen wurde wiederum der Arbeiter mit seinem Anspruch auf die Unfallrente abgewiesen.

Solche Fälle kommen tagtäglich vor. Sie bilden die große Masse der Fälle, in denen sich die Berufsgenossenschaften darauf berufen können, daß sie vom Reichsversicherungsamt Recht bekommen haben. Waren aber deshalb die Arbeiter im Unrecht? Durchaus nicht. Das Rechtsgefühl der Arbeiter kann es unmöglich als richtig anerkennen, daß die verunglückten Arbeiter aus den Gründen, die in den angeführten Beispielen maßgebend waren, ihren Rechtsanspruch auf die Unfallentschädigung verlieren sollen. Damit bestreiten wir selbstverständlich durchaus nicht, daß die Richter im Reichsversicherungsamt nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt haben. Die Schuld liegt vielmehr daran, daß die Unfallversicherungsgesetze so wenig den Interessen der Arbeiter entsprechen und daß die Besetzung der Richterstellen im Reichsversicherungsamt den Interessen der Arbeiter immer mehr verschärft. Daher ist es notwendig, daß die Unfallversicherungsgesetze mehr den Bedürfnissen der Arbeiter angepaßt werden und den Arbeitern selbst ein viel größerer Einfluß auf die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts eingeräumt wird.

### Soziales.

#### Die Arbeitgeber als Protestler.

Von einem Teilnehmer an der Konferenz im Reichsamt des Innern zur Abänderung der Arbeiterversicherung wird uns noch geschrieben: □ Der Minister v. Bethmann-Hollweg schrieb bekanntlich der Zeitung des letzten allgemeinen Krankentassenkongresses zu Berlin, daß er vor der Ausarbeitung der neuen Novelle zum Krankenversicherungsgesetz erst die Repräsentanten gutachtlich hören werde. Optimisten haben diesen Versicherungen nicht geglaubt, zumal die Unternehmerpresse fast alle paar Tage neue Pläne der Regierung, neue Entwürfe des Gesetzes publiziert und mit Wohlbehagen jede Verschlechterung des Gesetzes mit Jubel begrüßte!

Wie es aber scheint, will der Nachfolger des Grafen Posadowsky aber Wort halten. Im Januar hatte er z. B. Vertreter der Ärzteschaft und der Krankentassen zu einer Konferenz nach Berlin geladen, zu welcher bekanntlich auch bekannte Sozialdemokraten, wie Fröhndorf, Graf usw. erschienen waren. Die Aussprache ergab eine völlige Niederlage der Mugdan und Konforten, da der Minister offen zum Schluß erklärte, daß er an die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl jetzt nicht mehr denke! Die Repräsentanten hatten den Minister belehrt, über das schosse Verhalten der Ärzteschaft gegen die Krankentassen aufzuklären. Auf den 23. Oktober d. J. hatte nun der Minister die zweite Konferenz einberufen. Diesmal galt es der Beratung des neuen Gesetzes selbst. Versichert wurde von ihm, daß die Regierung kein Gesetz ausgearbeitet habe und sich erst informieren wolle. Erschienen waren die größten

Scharfmacher Deutschlands, wie der Kommerzienrat Menckel-Altona, der bekanntlich die Gewerkschaftler alphabetisch auszusperrn einst vorschlug. Ferner der Führer der „Gelben“, Direktor Dr. Guggenheimer aus Augsburg usw. Von einer Zusammenlegung der Krankentassen wollten diese Herren natürlich nichts wissen, die ungeliebte Zersplitterung soll fortbestehen. Für eine einheitliche Versicherung traten nur die Vertreter der Ortskrankentassen lebhaft ein, die aber in der Minderheit sich befanden. Nur die rückständigen Gemeindefrankentassen sollen verschwinden, das war der einzige Erfolg in dieser Frage.

Mit großer Spannung sah man dann der Aussprache über das Vertretungs- und Beitragsverhältnis entgegen. Nur die Scharfmacher sprachen sich für eine Halbierung der Rassenbeiträge aus, damit den „unterdrückten und von den Sozialdemokraten majorisierten Unternehmern“ mehr Einfluß auf die Verwaltung der Rassen gesichert würde. Jetzt erhielten die „Unterdrückten“ das Wort. Die Spannung wurde immer größer! Jetzt wird die Sozialdemokratie vernichtet, deren Terrorismus offenbart, da die Unternehmer aus Erfahrung reden, als Geladene dem Minister ihr Herz ausschütten werden. Und was erklärten die neun Arbeitgebervertreter der Ortskrankentassen in Köln, Danzig, Dresden, Berlin, Weitzen, Straßburg, Frankfurt a. M., München usw.? Alle sprachen sich gegen eine Verschlechterung des Gesetzes aus und riefen einmütig dem Minister zu: „Es liegt gar kein Anlaß vor, die größere Vertretung der Arbeitgeber in den Krankentassen durch die Halbierung der Beiträge zu erkaufen. Das jetzige Verhältnis habe sich sehr gut bewährt und soll bleiben wie es ist!“ Größer wurde das Erschaunen, als bei Beratung der Frage: Unparteiischer Vorsitzender auch alle Unternehmervertreter der Ortskrankentassen einmütig erklärten, daß sie sehr gerne und gut mit den Arbeitern in den Rassenverbänden zusammen arbeiten würden, von einer Unterdrückung oder politischem Mißbrauch der Rassen keine Rede sein könnte! Ja, ein Großindustrieller erklärte, daß die Unternehmer künftig nicht mehr mitarbeiten würden, wenn die Regierung den „unseligen Assessor“ an die Spitze der Ortskrankentassen stellen würde. Die Liebe saßen! Dann kam der schlaue Fuchs Menckel und erklärte noch zur größeren Ueberraschung der zahlreich erschienenen Regierungsvertreter, daß er auch an dem „bewährten Selbstverwaltungsrcht der Krankentassen nicht rütteln lasse“. Er rief den Sozialdemokraten lebhaft zu: „Halten Sie an dem kostbaren Gute der Selbstverwaltung ja fest!“ Das soll geschehen!

Verlegen erklärte zum Schluß der Vertreter des inzwischen abberufenen Ministers, Direktor Caspar:

„Wider alles Erwarten hat der Verlauf der heutigen Beratungen ergeben, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer die Vorschläge der Regierung auf Halbierung der Beiträge, paritätische Besetzung der Rassenverbände und unparteiischen Vorsitzenden ablehnen!“

Ja, wider alles Erwarten! Man hatte eine Anklage gegen die roten Rassenverbände erwartet, deshalb besonders sorgfältig die Vertreter ausagesucht. Und nun diese Niederlage! Eine Niederlage, eine Blamage, wie sie die Regierung eines Bülow reichlich verdient hat, der unter Weisfall der Scharfmacher und Junker frech noch erklärte, daß das neue Gesetz dem „Terrorismus der Sozialdemokraten in den Krankentassen ein Ende machen müsse!“ Bülow hat kein Glück mehr! Will er jetzt trotzdem eine Verschlechterung im Krankentassengesetz eintreten lassen, so hat er den Protest der sachkundigen Unternehmer Deutschlands gegen sich, die praktisch in den Verwaltungen der Krankentassen seit Jahrzehnten mitarbeiten und ihre Stimme gegen die Lügen ihrer Standesgenossen laut und deutlich in der Konferenz erhoben haben!

Warten wir also ruhig ab! Die Regierung kann sich jetzt nur eine neue Blamage holen!

Die Arbeitslosigkeit in Berlin. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung fand am 17. November in Berlin eine Zählung der Arbeitslosen statt. Es wurden hierbei in Groß-Berlin insgesamt 40 124 arbeitslose Personen gezählt, davon 1716 weibliche. Sicher ist die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin weit größer als hier durch eine unserer Meinung nach unzureichende Zählung — die sich nur auf jene beschäftigungslosen Arbeiter erstreckte, die sich als solche freiwillig meldeten — festgestellt worden ist. Immerhin ist diese Zahl so groß, daß sie Staat und Kommune zu beschleunigten außerordentlichen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und zur Milderung des damit verknüpften Elends Veranlassung geben sollte.

Arbeiterinnen auf Bauten in Bayern. Die Zentralkasse für Industrie, Gewerbe und Handel befürwortete in ihrer Sitzung vom 16. November in München eine Vorlage der Regierung, auf Grund des § 127e Abs. 2 der Gewerbeordnung durch Oberpolizeiliche Verordnung die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bauten zu verbieten. Nach diesen Bestimmungen dürfen: 1. Arbeiterinnen mit dem Tragen von Lasten, insbesondere von Mörtele, Stuck, Steinen, Zement usw., nicht beschäftigt werden; 2. Arbeiterinnen dürfen auf Baugerüsten überhaupt nicht beschäftigt werden. Diese Bestimmungen sollen am 1. März 1909 in Kraft treten. Die der Verordnung beigegebene Denkschrift läßt sich darauf, daß in Bayern im Jahre 1907 noch 1217 Arbeiterinnen zu schweren Arbeiten auf

Bauten verwendet wurden, und vor allem in großer Anzahl ausländische Arbeiterinnen, Italienerinnen und Böhmerinnen, die mit ihren als Maurer tätigen Männern gemeinsam tätig sind. Namentlich in den Städten München, Nürnberg und Giech trat eine auffällige Beschäftigung solcher Arbeiterinnen in die Erscheinung. Neben einem Gutachten des Dr. Graßchen, der dieses Verbot vom hygienischen Standpunkt aus befürwortete, sprach sich auch ein solches der Bayerischen Baugewerksberufsgenossenschaft für Erlaß eines solchen Verbotes aus. Obwohl sich kürzlich eine Kommission im Reichstag mit dieser Frage beschäftigte, dürfte eine reichsgesetzliche Regelung, die einer landesgesetzlichen Ordnung vorzuziehen wäre, doch sobald nicht erwarten lassen, deshalb ist letztere nur zu begrüßen.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Mindelheim wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pf. ab 1. Dezember erteilt.

„Zahlstellen, welche zu den Unterstützungen der Hauptklasse Zuschüsse aus Lokalbeiträgen gewähren, haben zureisenden Kollegen, die in anderen Zahlstellen zu dem gleichen Zwecke Lokalbeiträge geleistet haben, diese zur Erfüllung der örtlichen Karenzzeit bei der Unterstützung in Anrechnung zu bringen. Differiert die Höhe der Lokalbeiträge, so sind diese entsprechend umzurechnen.“

Auf diesen Beschluß des Stettiner Verbandstages machen wir die Lokalverwaltungen besonders aufmerksam. Vom Vorstand wiederholt unternommene Versuche, einen Ausgleich in den lokalen Unterstützungsfähigkeiten herbeizuführen, scheiterten; es ließ sich auch nicht feststellen, welcher Teil des Lokalbeitrages für den „gleichen Zweck“ in Anrechnung zu bringen sei. Eine weitere Schwierigkeit boten die öfteren Veränderungen in den lokalen Unterstützungsfähigkeiten. Diese Umstände veranlassen den Vorstand, den Zahlstellen zu empfehlen, den an anderen Orten gezahlten Lokalbeitrag ohne Rücksicht darauf, ob derselbe zu gleichem Zwecke erhoben wurde oder nicht, im ganzen Umfange bei Unterstützungsansprüchen anzurechnen. Natürlich können die Lokalbeiträge nur soweit zur Anrechnung kommen, wie sie kontrollierbar sind, das ist vom 1. Juli 1908 ab, seitdem die Beitragsmarken mit dem Wertaufdruck versehen sind.

Beim Ausstellen der Reiselegitimation bitten wir, in Fällen, wo die Mitglieder nach § 14 Abs. 2 und § 21 des Statuts schon nach Leistung von 26 fälligen Wochenbeiträgen oder ohne Karenzzeit zum Bezug der Reiseunterstützung berechtigt sind, einen entsprechenden Vermerk auf die Legitimation zu machen. Dieser Vermerk, der auf die erste Legitimation den Tatsachen entsprechend gewissenhaft eingetragen werden muß, ist dann auf alle weiteren Legitimationen des in Frage kommenden Mitgliedes zu übertragen, solange die Voraussetzung für diese Begünstigung zutrifft. In unserem „Handbuch für die Verbandsfunktionäre“ sind auf Seite 108 darüber genaue Anweisungen gegeben, welche wir besonders zu beachten bitten.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für November über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 4. Dezember zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen eine Berichtskarte einreichen müssen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchen Fällen ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 49. Wochenbeitrag für die Woche vom 29. November bis 5. Dezember fällig geworden.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 124736 Johann Karrow, Tischler, geb. 30. 3. 77 zu Konitz.
  - 196730 Fritz Welbert, Tischler, geb. 24. 2. 80 zu Löben.
  - 280144 Sebastian Fischer, Tischler, geb. 29. 1. 88 zu Zeitlarn.
  - 297283 Max Schmeling, Tischler, geb. 11. 12. 87 zu Mahausen.
  - 302407 Oskar Schintowski, Tischler, geb. 1. 11. 79 zu Bromberg.
  - 306156 Heinrich Lind, Partettleger, geb. 3. 10. 61 zu Sonnenburg.
  - 415659 Ferdinand Wolf, Tischler, geb. 21. 2. 74 zu Lüdinghausen.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

#### Agitation im Gau Dresden.

In 16 Zahlstellen obigen Gaues hatte ich vom 17. Oktober bis zum 2. November Versammlungen abzuhalten. Das Thema lautete in allen Versammlungen: „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise und der Deutsche Holzarbeiterverband“. Von überfüllten Versammlungen kann auch ich nicht berichten, trotzdem alle Verwaltungsmitglieder in den einzelnen Zahlstellen versicherten, die Handzettel gewissenhaft verbreitet zu haben. Immerhin war ein Teil der Versammlungen analog des sonstigen Besuches derselben und prozentual der organisierten Kollegen gut besucht. Unorganisierte waren in Betracht der großen Zahl derselben nur wenige erschienen.

Die Verhältnisse in Schlesien und vor allem in Oberschlesien sind auch nicht dazu angetan, etwas anderes zu erwarten.

Zunächst der übermäßige Alkoholgenuß, der allerdings durch die Aufklärungsarbeit der Organisation schon be-

deutend zurückgedrängt ist, dann die Lokalabtreiberen der Behörden in Oberschlesien lassen das Anwachsen der Partei- und Gewerkschaftsbewegung nur sehr schwer und schrittweise sich vollziehen. Weiter sorgt die Herrschaft der Geistlichkeit dafür, daß die Arbeiter nur schwer ihre Klassenlage begreifen. Dazu kommt zum Ueberfluß in Posen und Oberschlesien der Nationalhaß, hervorgerufen durch die vollständig danebenhauende Polenpolitik. Ein weiteres Moment ist die Versplitterung der gewerkschaftlichen Organisationen. Ist doch in diesem Gau alles vertreten, was sich Organisation nennt. Neben den Christlichen und Giech-Dunderschen sind auch die katholischen Facharbeiter mit ihrem schädlichen Einwirken auf die Bestrebungen der modernen Arbeiterorganisationen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vertreten. Leider habe ich nirgends Gelegenheit erhalten, mich mit den Vertretern dieser Aushororganisationen auseinanderzusetzen zu können. Wo solche anwesend waren, zogen dieselben es vor, zu schweigen.

Die räumliche Ausdehnung dieses Gaues mag auch mit dazu beitragen, die Agitations- und Aufklärungsarbeit zu erschweren. Da ist es dann kein Wunder, wenn in den meisten Orten, die ich besuchte, noch eine übermäßig lange Arbeitszeit und niedrige Löhne vorhanden sind.

In Neusalza a. O., wo meine Tour begann, waren von den circa 100 dort Beschäftigten nur 15 Kollegen in der Versammlung anwesend. 29 Kollegen sind hier organisiert. In Grünberg war die Versammlung als öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen, aber leider nur von circa 70 Personen besucht. Der konservative Reichstagsabgeordnete Weuchelt, Inhaber der dortigen großen Waggonfabrik, schwingt unerbittlich sein Szepter und läßt keine Organisation in seinem Betriebe aufkommen. Selbst Kollegen, die anderwärts als gut organisiert galten, streichen vor diesem Scharfmacher die Segel und verlassen die Organisation, um nur die Ehre haben zu können, in seinem Betriebe schuft zu können. Wie lange noch? In Glöckau war die Versammlung leidlich gut besucht. Der im letzten September verloren gegangene Streik hat unsere Kollegen nicht mutlos gemacht. Bei gelegener Zeit wollen sie die Scharte wieder ausweihen. Dagegen war in Posen die Versammlung schlecht besucht. Die große Arbeitslosigkeit unter den dortigen Kollegen mag wohl die Hauptursache dafür sein. Die Polenpolitik hat es mit sich gebracht, daß die anzufertigenden fiskalischen Arbeiten nach auswärts vergeben werden. In Bries, Meiß und Ziegenhals waren die Versammlungen leidlich gut besucht. In Meiß, dem „schlechtesten Kom“, ist so ziemlich alles organisiert. Was nicht uns angeht, ist bei den Christen, und suchen sich beide Organisationen den Rang abzulaufen. Das kann leider in bezug auf das nur wenige Kilometer entfernte Ziegenhals nicht gesagt werden, da hier noch die übergroße Mehrzahl der Beschäftigten der Organisation föhlig gegenübersteht. Doch sind auch hier in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht worden. Ratibor bezeichnete wieder einen schlechten Besuch der Versammlung. Der Indifferentismus scheint dort unüberwindlich zu sein. Von 350 Beschäftigten sind nur 40 Kollegen organisiert und nur 20 waren in der Versammlung anwesend. In Rattowitz waren die Kollegen besser auf dem Posten. Die Versammlung war ziemlich gut besucht. Ein Stamm älterer, tüchtiger Kollegen hat hier das Ruder der Organisation in der Hand. Die Versammlung in Königshütte war wieder schlechter besucht. In Neuthen, Gleiwitz und Opatowitz mittelmäßiger Besuch der Versammlungen. In Gleiwitz hatte man wieder einmal das Lokal abgetrieben, doch war es dem Bevollmächtigten, Kollegen Herbst, noch in letzter Stunde gelungen, ein anderes Lokal aufzutreiben. Wie lange die Kollegen im Besitz desselben sein werden, das wissen die Götter und die — Polizeibehörde. In Festenberg, ein kleiner Ort von circa 4000 Einwohnern, sind ungefähr 350 Tischler beschäftigt. Davon sind circa 40 Kollegen organisiert. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 56 Stunden mit einem Prozentsatz von 12 bis 16 Pf. pro Woche. Dabei erklärte noch ein Unorganisierter in der Versammlung, daß die Verhältnisse anderswo auch nicht besser seien. Willige und billige Ausbeutungsobjekt! Die Versammlung war leider nur schwach besucht. Einen guten Eindruck machte die Versammlung in Ziegenitz auf mich. Circa 200 Personen hatten sich im Saale des Gewerkschaftshauses eingefunden, während in Nießky nur 40 Personen von 120 organisierten Kollegen anwesend waren. Hier ist neben einer großen Porzellanfabrik noch Augustmöbelfabrikation zu Hause.

Von allen Versammlungen kann ich wohl konstatieren, daß alle Anwesenden aufmerksam und mit Interesse die Ausführungen verfolgten. Eine Diskussion entstand nur in wenigen Zahlstellen, stets wurde aber in durchaus sachlicher Weise diskutiert.

So schlecht auch die Verhältnisse in vielen Orten Schlesiens noch liegen, ein großer Schritt nach vorwärts ist doch schon getan. Ich denke nur an die Einrichtung der gemieteten Gewerkschaftslokale in Oberschlesien, die oft nur mit großen Opfern zu erhalten sind. Möge auch diese Tour zur Festigung unserer Organisation und zur Weiterverbreitung unserer Ideale beitragen.

Mag Schnabel, Halle a. S.

#### Agitation im Gau Dresden.

Nicht mit allzu großen Erwartungen übernahm ich den Auftrag, in 17 Orten Agitationsversammlungen abzuhalten. Das zu behandelnde Thema lautete: „Die Feinde der modernen Arbeiterbewegung in der Krise an der Arbeit“. Daß wir die Zeit der wirtschaftlichen Niederganges nicht untätig vorbegehen lassen dürfen, sondern alle Veranlassung zur Betreibung einer intensiven Agitation haben, hat mir die an vielen Orten bemerkte große, aber oft gar nicht berechtigte Mutlosigkeit unserer Kollegen bewiesen. Der Besuch der Versammlungen war, außer einigen unehrmlichen Ausnahmen, mittelmäßig und gut. Fast überall zeigten die Kollegen ein lebhaftes Interesse für die Weiterentwicklung unserer Tarifpolitik, was wohl als Beweis dafür gelten darf, daß bei richtiger Nukleuswendung dieser Frage die organische Entwicklung unserer Organisation noch weit besser gefördert werden kann.

Die erste Versammlung in Langenau, zur Zahlstelle Brand gehörig, war von 68 Kollegen besucht. Beschäftigt sind hier circa 180 meist ungelernete Arbeiter in Holzwarenfabriken. In der neu errichteten Stuhlfabrik von Bösch u. Co. veranlaßt man die Kollegen, durch Unterschrift zu erklären, daß sie keiner Organisation angehören. Sogar die Einladungszettel zu dieser Versammlung hatte der Unternehmer einem Kollegen während seiner Abwesenheit aus der Jackentasche genommen und vernichtet. Daher ist es auch erklärlich, wenn hier Stundenlöhne von 12 bis 25 Pf. für erwachsene Arbeiter bezahlt werden.

In Stolpen waren 28 Kollegen erschienen. Hier ist es die Firma Klingner, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, welche durch ihre Wohlfahrts-Einrichtungen die Kollegen von der Organisation zurückzuhalten sucht. Auch sucht man die Kollegen von dem Besuch der Versammlungen fernzuhalten durch Veranstaltung von Feuerwehrlübungen mit darauffolgendem Freibier, was ihnen auch leider, zur Schande unserer Kollegen soll es gesagt sein, gelingt.

In Ramenz hatten die Kollegen gut für den Besuch der Versammlung gearbeitet. Von 28 dort Beschäftigten waren 21 erschienen, trotzdem dieselben nur bei Kleinmeißern und in größerer Umgebung beschäftigt sind. Sehr liebenswürdige Kollegen scheinen die Liebenwerdaer nicht zu sein. War doch nicht ein einziger Kollege in der Versammlung anwesend, wiewohl 40 dort beschäftigt und 20 organisiert sind.

In Niederfelditz ist die Organisation gut, dieserhalb konnte auch die Versammlung besser besucht sein. Von 410 Organisierten waren 184 erschienen. In Großröhrsdorf, wo als Hauptbetrieb eine Dresdener Tischfabrik besteht, macht sich noch eine große Mutlosigkeit wegen des 1904 in diesem Betrieb verloren gegangenen Streiks bemerkbar. Anwesend waren 48, auch einige Angehörige anderer Berufe. Beschäftigt sind circa 120 Holzarbeiter. Hier scheint auch die nationale Arbeiterbewegung guten Boden gefunden zu haben. Trotzdem, daß einige dieser Herren anwesend waren, fand keiner den Mut, sich an der Debatte zu beteiligen. Daß sich die Zeitung in Glöckau in guten Händen befindet, bewies die dortige Versammlung. Hier waren 104 Kollegen und neun Frauen anwesend von 120 Beschäftigten. Auch die Debatte zeigte, daß ein guter Geist unter den Kollegen herrscht. Ein um so klüglicheres Bild zeigte die Versammlung in Pirna. Von 226 Organisierten und 300 Beschäftigten waren 21 erschienen.

Die Sägemühlenarbeiter in Königstein, welche das größte Kontingent der dort beschäftigten Kollegen stellen, sind trotz ihrer erbärmlichen Entlohnung schwer zur Organisation zu bewegen. Dieserhalb war auch hier die Versammlung schlecht besucht. Anwesend waren 29, organisiert 61, beschäftigt circa 400. In Seiffhennersdorf ist der größte Teil der Kollegen in Großbetrieben der Holzschuhindustrie beschäftigt. Die Versammlung war sehr schlecht besucht. Hier schien es mir, als wenn die Mutlosigkeit der leitenden Kollegen einen Teil Schuld hat, daß es nicht vorwärts geht. In Niederkunnersdorf und Herrnhut, zur Zahlstelle Löbau gehörig, waren die Versammlungen im Verhältnis gut besucht. In Reichenau, zur Zahlstelle Zittau gehörig, waren 60 Prozent der organisierten Kollegen anwesend. Hier sind es die Fabrikarbeiter, welche in großen Textilbetrieben beschäftigt sind, die trotz ihrer niedrigen Entlohnung nicht zur Organisation zu haben sind. In Großschönau waren von 90 Organisierten nur 28 erschienen. Hier möchten die Kollegen recht bald zum Bewußtsein kommen, daß durch faumseliges Verhalten und persönlichen Haberdie errungenen Vorteile leicht wieder verloren gehen können.

In Wolmitz waren von 60 beschäftigten Kollegen 46 anwesend. Hier sind es hauptsächlich persönliche Mängel zwischen den Stuhlbauern und Polierern, welche der Organisation hinderlich sind, was auch durch eine lebhaft debattierte und durchgeführte Diskussion hat gerade diese Versammlung ihre Wirkung in dieser Hinsicht nicht verfehlt und zur Einigung der Kollegen mit beigetragen. Schmiedeberg, welches erst seit kurzer Zeit durch Abtrennung von Dippoldiswalde als selbständige Zahlstelle gilt, verspricht gerade auf Grund dieser Selbständigkeit recht bald weitere Fortschritte zu machen. Hier waren 42 von 80 beschäftigten Kollegen erschienen. In Reichenberg konnte leider die Versammlung nicht stattfinden, weil uns kurz zuvor das Lokal entzogen wurde. Doch wäre es hier recht notwendig, daß die Kollegen sich in Versammlungen zusammenfinden, da auf Grund der hier bezahlten Löhne für das übrige Stuhlindustrialgebiet Sachsen eine ganz gewaltige Konkurrenz entstanden ist, welche die Weiterentwicklung der Lohnverhältnisse in diesem Gebiet bedeutend erschwert.

Diese Tour hat mir bewiesen, daß die kleinen Orte in der Agitation durchaus nicht vernachlässigt werden dürfen. Hier sind unsere Kollegen vielfach der Willkür eines brutalen Unternehmertums unterworfen. Hier gilt es, den Kollegen den Rücken zu steifen, sie stützen in der schweren Zeit der Wirtschaftskrise, dadurch kann das Vertrauen zwischen den Kollegen der großen und kleinen Orte nur gestärkt werden, was zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung unbedingt erforderlich ist.

Hermann Behr - Geringswalde.

Dem Umstand, daß Kollege Meher-Düßeldorf wegen Krankheit in seiner Familie vorzeitig die Tour beenden mußte und einem kleinen Auftrage des Gauvorstandes ist es zuzuschreiben, daß ich an der allgemeinen Herbstagitation mit neun Versammlungen in der Zeit vom 17 bis 27. Oktober beteiligt war. Sie führten mich in heimische, deshalb bekannte Verhältnisse — nur zwei Zahlstellen waren mir noch fremd — und waren deshalb nicht geeignet, mein Wissen wesentlich zu erweitern, so wie das geschehen ist bei den Touren in Hamburg und München. Das Thema war mit einer Ausnahme: „Die Arbeiterfeinde während der Krise an der Arbeit“, und sollte zur Aufzeigung alles dessen dienen, was unsere „Lieben Feinde“, insbesondere die Unternehmer tun, um die Ungunst wirtschaftlicher Verhältnisse in ihrem Interesse nutzbar zu machen. Dabei stand hier und da das schamlose

reiben einzelner Unternehmer bezüglich der Schaffung gelber Organisationen und das nicht minder elke Treiben einzelner Arbeiter, die sich zu willfährigen Kreaturen der Unternehmer herabwürdigen, an erster Stelle. Wer nicht genau weiß, was Terrorismus ist, der gehe in solchen Betrieben und studiere die Agitation für die gelben Streikbrecherkolonnen, dann ist er unterrichtet! Kein Mittel ist schlecht, niederträchtig und gemein genug, daß es nicht Anwendung fände. Doch noch ehe diese famosen „Arbeitervereine“ völlig nach Reichsverbandsrezept allenthalben fertig geworden, sind sie schon der Verachtung aller anständigen Menschen verfallen, und sie werden den Dienst, die anerkannte Arbeiterbewegung zu hemmen oder gar zu untergraben, nicht verrichten, es wäre doch wahrlich auch zu trübselig, wenn das schlechteste Mittel den Erfolg bringen sollte, den bessere oder doch immerhin anständiger im Laufe der Jahre nicht gebracht haben! Die erste Versammlung in Mulda im Erzgebirge kam nicht zustande, weil das Lokal einen neuen Besitzer erhielt und dieser vom alten scharf gemacht worden war, die Arbeiter nicht mehr aufzunehmen, weil — sie auch im anderen Lokal einmal ein Glas Bier getrunken haben! Anwesend waren achtzehn Personen, die als „Gäste“ von dem neuen Wirt geduldet wurden. Ich hoffe, unsere Freunde verzichten in Zukunft auf solche Duldung. Der Sonntagmorgen brachte eine Hausagitation ohne wesentlichen Erfolg, woran freilich rein örtliche Verhältnisse ein gut Teil Schuld hatten. Am Nachmittag fand eine Versammlung in Großhartmannsdorf statt; hier hatten sich 26 Kollegen eingefunden. Nur ein kleines Stückchen von dem „dunklen“ Erzgebirge; nun ging es ans andere Ende von dem kleinen Sachsenlande, nach der Lausitz. Zunächst nach Ebersbach. Hier hatten sich nur 22 Kollegen zur Versammlung bemüht, während in Neugersdorf 26 zusammengetrömt waren. Zittau wies eine Besucherzahl von etwa 70 auf, Baunzen 65. Nun ging es nach dem gottbegnadeten Preußen, nach Eiferwerda; am Sonntagnachmittag waren ziemlich pünktlich alle Kollegen, 25 an der Zahl, erschienen. Am Montag fand in Mühlberg a. d. Elbe eine Versammlung statt, die von 50 Kollegen (auch mehreren Frauen) besucht war. Hier sind fast ausschließlich Korbmacher beschäftigt, die mit der Organisation gut vorwärts gekommen sind. Die letzte Versammlung endlich führte mich nach Torgau, einem Städtchen an der Elbe mit wenig Industrie, aber viel Soldaten und Bureaukraten. Unsere Kollegen sind an Zahl sehr schwach, sie vereinten sich mit anderen Freunden zu einer Gewerkschaftsversammlung, die von 90 Personen besucht war. Hier bestand meine Aufgabe darin, die wichtigsten Bestimmungen der Arbeiterversicherung zu erläutern. Ich fand eine sehr dankbare Zuhörerschaft. Die Besonderheit des Themas konnte nicht davon abhalten, Wert und Bedeutung der Arbeiterbewegung zu skizzieren und die Wechselbeziehungen zwischen letzterer und der Arbeiterversicherung besonders hervorzuheben. Dieser Ort und Eiferwerda waren mir bisher sehr fremd in unserem Gau; beide berechneten zu guten Hoffnungen. In mehreren Versammlungen war der Besuch deshalb schwach, weil die regelmäßige Mitgliederversammlung erst 8 oder 14 Tage zuvor stattfand, worauf ja bei Zusammenstellung einer großen Tour nur im Einzelfall Rücksicht genommen werden kann. Fast alle wiesen einen Uebelstand auf: daß sie erst ¼ bis 1 ¼ Stunde nach der festgesetzten Zeit beginnen konnten, das müßte bei einigem guten Willen wohl zu ändern sein, nötig ist es mit Rücksicht auf die pünktlichen Mitglieder und auf die Referenten. Ich habe mich nun beinahe an diesen Zustand gewöhnt, bin aber selbstverständlich immer pünktlich; einmal aber war ich das nicht. In Zittau begann die Versammlung nach Arbeitschluss 7 1/2 Uhr, vielleicht auch 7 1/4 Uhr, infolge eines Verfehlers rechnete ich mit 8 Uhr-Beginn und kam wenige Minuten nach dieser Zeit; einmal der Umstand, daß nicht Meher, und dann der, daß Stärke zu spät kam, löste Unbehagen aus, das ich durchaus berechtigt erklären und nur durch Entschuldigung mildern konnte. So kam denn hier das Referat zum Schluß, es ging auch so und die Versammlung kam wohl annähernd in der üblichen Zeit zum Ende. Ueberschneide ich das Ganze, so urteile ich darin, daß unsere Kollegen überall den Ernst der Zeit erkennen und würdigen, selbst wenn sie durch die Uebel der Zeit nicht zu leiden haben, sie bemühen sich, unserer Organisation nach besten Kräften zu dienen. Ich habe versucht, ein gleiches zu tun und hoffe von der gemeinsamen Arbeit das Beste für uns und für unsere Organisation: zielbewußte und gedeihliche Entwicklung!

Paul Starke-Dresden.

In der Zeit vom 10. bis 27. Oktober sprach ich in 17 Versammlungen, und zwar in den Orten: Oibernau, Neuhausen, Schweikershain, Waldheim, Seringswalde, Gartha, Reinsig, Wittweida, Leubsdorf, Eppendorf, Brand, Schandau, Sebnitz und Löbau. Mit Ausnahme von Dresden lautete das Thema überall: „Die Feinde der modernen Arbeiterbewegung während der Krise an der Arbeit.“ — Ueberall ein gut organisiertes probenhaftes Unternehmertum, das die Ausbeutung aus dem ff. versteht. Erfreulicherweise konnte ich aber die Wahrnehmung machen, daß in vielen Orten unsere Kollegen es verstanden haben, der schrankenlosen Ausbeutungsdurst dieses Unternehmertums durch den Anschluß an unseren Verband bestimmte Grenzen zu ziehen. Recht traurig sieht es dagegen dort aus, wo dem Häuflein Verbandsmitglieder noch große Massen Indifferenten gegenüberstehen, wie in Oibernau, Reinsig, Leubsdorf, Löbau, Wittweida und Eppendorf. Im letzteren Ort ist die Ausbeutung ohne Uebertreibung eine wirklich schamlose zu nennen. Es werden hier nur Puppenmöbel in großem Umfang hergestellt. Birta 500 Personen werden in Fabriken beschäftigt, während wohl ebensobiel und vielleicht noch mehr in der Heimarbeit für die reichen Fabrikanten für fargen Lohn, bei fast unbegrenzter Arbeitszeit, in erbärmlichen Behausungen schanden. Und bei all solcher Schinderei, wovon auch Kinder von 4 und 6 Jahren nicht ausgeschlossen sind, wird doch nicht sobiel verdient, um das Notdürftigste zum Leben beschaffen zu können. Massenhaftes Krankenlein und Siedtum sind die Folgeerscheinung solch blindwütiger Ausbeutungsgier der christlichen Unternehmer. Wo bleiben da die Segnungen des Kinderschut-

gesetzes? Hier wird mit außerordentlichen Mitteln gearbeitet werden müssen, um diesem fluchwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten. Auch in Sebnitz läßt die Heimarbeit in der Produktion künstlicher Blumen und Blätter unsere Kollegen nicht recht vorwärts kommen, weil ein Teil älterer Kollegen die Heimarbeit seiner Familienmitglieder für wertvoller hält als die Bestrebungen der Organisation. Trotzdem ist hier der Fortschritt in der Lebenshaltung unserer Kollegen infolge des Wirkens unserer Organisation nicht zu verkennen.

Der Versammlungsbesuch war im ganzen genommen recht befriedigend. Wenn er in wenigen Orten auch zu wünschen übrig ließ, so war er in anderen doch wieder recht gut. Die Versammlungen, welche bald nach Schluß der Arbeitszeit tagten, waren die best besuchten. Am wenigsten befriedigte mich die Versammlung in Dresden, die nur von etwa 130 Personen besucht war. Mit wenigen Ausnahmen war im Verhalten der Kollegen während der Versammlung eine recht gute Disziplin nicht zu verkennen. Ueberall in den Versammlungen zeigte sich volles Vertrauen zum Verbands und der feste Vorsatz, nur das Beste für den Verband und damit auch für die Gesamtheit der Kollegen zu wollen.

Aus dem Verlaufe der Versammlungen glaube ich schließen zu dürfen, daß der Zweck derselben, das Vertrauen zum Verband zu stärken und die unausgesetzte Mitarbeit der Kollegen zur Förderung unserer Bestrebungen neu zu beleben, erreicht worden ist.

Mich aber hat der Verlauf dieser Agitationsstour von neuem in dem Bewußtsein gestärkt, daß einer Organisation, die so vom Vertrauen der Mitglieder getragen ist wie unser Verband, auch die Zukunft gehört, trotz aller Mänke unserer Gegner.

Carl Dietrich-Dresden.

Korrespondenzen.

Blomberg. Nach langer Zeit war es hier einmal wieder möglich, eine öffentliche Holzarbeiterversammlung abzuhalten, und zwar war es uns gelungen, den Kollegen Lau-Lauterberg als Referenten zu gewinnen. Er handelte das Thema: „Die gegenwärtige Lage der in der Stuhlindustrie beschäftigten Arbeiter“. Trotz Agitation von seiten der hiesigen Kollegen hatten sich doch nur ein halbes Duzend Unorganisierte eingefunden von wiewandert hier in Frage kommenden, also wieder ein Beweis, daß es immer noch viele Leute gibt, denen es trotz der schlechten Zeiten noch sehr gut gehen muß. Der Referent bewies durch seine klaren Ausführungen, daß er die Lage der Stuhlarbeiter genau kennt und daß er auch die Stelle weiß, an welcher die Blomberger Kollegen der Schuld drückt. Ganz besonders wies er auf die neu gegründete Aktiengesellschaft der Lauterberger Stuhlfabrikanten hin und machte auf die Folgen solcher Gründungen für die Arbeiter aufmerksam. Zu wünschen wäre, daß sich der Kollege Lau öfter hier sehen ließe, da seine Agitationsmethode auch bei den unorganisierten Kollegen Anklang gefunden hat. Den Kollegen, die uns noch fernsehen, rufen wir zu: „Reißt uns die Hand zum gemeinschaftlichen Handeln, denn einzeln sind wir nichts, geschlossen alles!“

Güppingen. Nach der Lohnbewegung im vorigen Jahre wurden sich die meisten Schreiner Kollegen hier bewußt, daß eine Besserung ihrer Lage nur durch Einigkeit und Zusammenschluß in dem Deutschen Holzarbeiterverband herbeigeführt werden kann, weshalb wir auch bald eine Mitgliederzahl von über 120 zu verzeichnen hatten. Der Erfolg blieb auch nicht aus; es gelang uns, mit den Meistern einen Tarif abzuschließen, nach welchem eine Aufbesserung von 2 bis 3 Pf. auf die bestehenden Stundenlöhne erfolgte, desgleichen fand die Ueberzeit- und Sonntagarbeit eine Regelung. Eine weitere Aufbesserung erfolgte am 1. April d. J., welche auch bei allen Meistern mit Ausnahme von einer Firma bezahlt wurde. Doch auch dort wurde nach Vorstelligwerden der Lokalverwaltung der Tarif eingehalten und der Aufschlag bezahlt. Die Kollegen sollten es sich nicht leicht machen, nachdem der Verband für sie eingetreten, und ihn treu zu bleiben und eifrig zur Gewinnung von immer neuen Mitgliedern weiter zu agitieren. Kein ehrlich denkender wird verlangen, daß andere für ihn die Kastranen aus dem Feuer holen. Die jetzige Zeit ist dazu angetan, den indifferenten Kollegen zu beweisen, wie notwendig es ist, dem Verbands beizutreten und ihm treu zu bleiben, um bei gegebener Zeit wieder an das Unternehmertum mit Forderungen für eine Bessergestaltung unserer Lage heranzutreten. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß in der Zeit der Krise manchem Unternehmer ordentlich der Kamm schwillt, und er glaubt, nun sein Mühen an seinen Arbeitern fühlen zu müssen, indem er sie bei jedem geringsten Anlaß als Faulenzer und Tagediebe und mit sonstigen Ausdrücken traktiert. Diesem kann aber der einzelne Kollege nicht mit Nachdruck entgegenreten, sondern da ist unbedingt eine gute Organisation notwendig, um auch bei einem schlechten Geschäftsgange dem Prozen- und Fabrikanten die Stirn zu bieten. Darum Kollegen, werft jede persönliche Abneigung und Gleichgültigkeit beiseite, haltet treu zu unserem Verbands und besucht die Mitglieder-versammlungen, welche alle vierzehn Tage stattfinden, dann wird auch eine andere Zeit für Euch anbrechen.

Gartha. Wir haben schon öfter von der Firma Plentkowski u. Co. berichten müssen, daß dort das beste Arbeitsverhältnis nicht herrscht. Jetzt sucht die Firma in Hannover und Bremen je 8 Stellmacher, in Lemgo (Lippe) sogar 17. Diese Firma glaubt jedenfalls, eine bessere Auswahl vornehmen zu können; in Lemgo macht sie noch bekannt, daß die hiesigen Arbeiter bevorzugt würden. Differenzen liegen zwar vorläufig nicht vor; sollten es Kollegen versuchen, trotz dieser Notiz aber in Arbeit zu treten, haben wir nichts dagegen. Wir halten es aber für unsere Pflicht, diese Warnung auszusprechen, denn es ist keine Seltenheit, daß, wenn ein Kollege einen Kasten abliefern, Herr Plentkowski immer noch etwas daran auszuweisen hat, damit er einen hübschen Betrag vom Lohn abziehen kann. Sollte Herr Plentkowski auch noch in anderen Städten Kollegen suchen, so seien dieselben gleichzeitig mit in Kenntnis gesetzt.

Koblenz. Die wirtschaftliche Krise macht sich auch hier zum Schaden der Arbeiterschaft immer mehr bemerkbar. Mancher hat schon anderwärts Unterkommen suchen müssen,

und noch jeden Tag folgen Entlassungen. So ist denn nun auch die Firma Crelemaun die einzige am Platz, die sich weigert, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden zu reduzieren, trotz vieler Entlassungen. Hoffentlich führt dies zur Einsicht, daß künftig mit 9 1/2 stündiger Arbeitszeit auch auszukommen ist. In der Klavierindustrie herrscht die Stodung durch großen Vorrat; obschon zurzeit Absatz vorhanden, werden immer noch weiter Entlassungen vorgenommen. Die Unsicherheit in den Erwerbsverhältnissen übt auf schwache Charaktere einen sehr ungünstigen Einfluß aus. So leistete sich der Schreiner Gerbas Schneider, Vorstandsmitglied des sozialen Ausschusses der christlichen Gewerkschaften in Koblenz, eine gemeine Denunziation gegen zwei Mitarbeiter, indem er diese bei der Betriebsleitung beschuldigte, eine Flasche Politur gestohlen zu haben. Obwohl der Denunziant erklärte, die Tatsache des Diebstahls beschwören zu wollen, stellte sich bei näherer Untersuchung des Falles die vollständige Haltlosigkeit der Anklage heraus. Etwa fünf Wochen waren die beiden Kollegen unter dem Verdacht behandelt worden, und einer von ihnen wurde sogar entlassen. Der Denunziant hatte es allerdings auf die Entlassung des anderen abgesehen, um seine eigene Stellung zu sichern. Dieser saubere Plan des ehrbaren Christen ist nun ins Wasser gefallen. Da sich die Meister in verschiedenen Werkstätten recht großzügig zeigen und die geringsten Kleinigkeiten benutzen, um die Gesellen aufs Pfaster zu werfen, ist es Pflicht aller Kollegen, mehr denn je sich zusammenzuschließen und die Versammlungen zu besuchen, worüber leider sehr geklagt werden muß. Die Versammlungen finden jeden ersten und dritten Samstag im Monat im Gewerkschaftshaus „Goldener Ring“, Moselstraße 41, statt. Da es jahrelange Mühe gekostet hat, bis uns ein Lokal zur Verfügung stand, ist es auch Pflicht eines jeden, dafür zu sorgen, daß uns dieses Lokal erhalten bleibt.

Leipzig. Die Wirkungen der wirtschaftlichen Krise sind auch in unserer Industrie am Orte recht fühlbar geworden. Die Zahl der arbeitslosen Kollegen hat sich gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt, dazu kommen noch Hunderte von Kollegen, welche schon seit Wochen und Monaten mit bedeutend verkürzter Arbeitszeit zu rechnen haben. Eine Umfrage in der mit der Organisation in Verbindung stehenden Betrieben ergab das Resultat, daß im Monat September 1908 über 900 Arbeiter weniger in den Betrieben beschäftigt waren als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dieser Rückgang der Beschäftigten hat auch die Zahl unserer Mitglieder am Orte in entsprechender Weise beeinflusst, meist sind es Betriebe der besseren Möbeldindustrie und der Bauischlereien, welche davon betroffen wurden. Als ein erfreuliches Zeichen für die Stärke unserer Organisation kann die Tatsache gelten, daß die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse Mitgliederverluste im weiteren Sinne nicht zeitigt haben. Um die Kollegen zur kräftigen Mitarbeit für die weitere Stärkung unserer Organisation aufzufordern, veranstaltete die Lokalverwaltung in der Zeit von Mitte September bis Mitte Oktober zehn Bezirksversammlungen, in welchen über das Thema: „Der Deutsche Holzarbeiterverband und seine Aufgaben während der Krise“ referiert wurde. Diese Versammlungen waren durchgängig sehr gut besucht und nahmen einen äußerst befriedigenden Verlauf. Mit Ruhe und Sachlichkeit wurde über die gegenwärtige Situation diskutiert, die Kollegen gelobten, treu zur Organisation zu stehen und besonders die gegenwärtige Zeit für eine kräftige Agitation auszunutzen. Einen ebenso guten Abschluß dieser Agitation bildete die am 23. Oktober stattgefundene außerordentliche Mitglieder-versammlung, in welcher Kollege A. Neumann-Hamburg referierte. In dieser Versammlung wurde gleichzeitig die Abrechnung vom dritten Quartal 1908 gegeben, aus welcher folgendes hervorzuheben ist: Die Einnahme für die Hauptkasse betrug (inkl. eines Kassenbestandes von 167,22 Mk.) 28 976,82 Mk. Die Ausgabe betrug 28 752,30 Mk., darunter befinden sich 5590,05 Mk. für Arbeitslosen-, 5023,85 Mk. für Kranken- und 909,25 Mk. für Reiseunterstützung. 11 016,90 Mk. wurden an die Hauptkasse eingezahlt. Als Kassenbestand verblieben für die Hauptkasse 224,32 Mk. Die Lokalkasse hatte inkl. eines Kassenbestandes von 83 326,88 Mk. eine Gesamteinnahme von 104 608,78 Mk. Die Ausgaben betrugen 8082,32 Mk., so daß am 1. Oktober ein Kassenbestand für die Lokalkasse von 96 526,40 Mk. verblieb. Beitragsmarken wurden 56 956 für männliche und 690 für weibliche Mitglieder umgesetzt. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des dritten Quartals 4704 männliche und 76 weibliche Mitglieder.

(Vergolder und Rahmenmacher.) Die vereinigten Sektionen der Vergolder und Rahmenmacher hielten ihre Branchenversammlung am 30. Oktober im Volkshaus ab. Der Besuch war mäßig. Einleitend hielt Genosse Schrörs einen Vortrag über: „Die Geschichte des feudalen Junkertums“. Dann wurde Bericht erstattet über den Geschäftsgang am Orte. Diesem ist zu entnehmen, daß in der Leistenbranche schon den Sommer hindurch wenig genügend Aufträge vorlagen. Jetzt ist aber eine direkte Stodung eingetreten und wird zeitweise verkürzt gearbeitet. Die Rahmenvergolder werden gegenwärtig in allen Betrieben bald beschäftigt. Bei den Rahmenmachern ist keine Stodung eingetreten, bis auf zwei Betriebe, wo im Sommer verkürzt gearbeitet wurde, darunter einer mit 30 Kollegen.

(Möbelle- und Fabrikantischer.) Am 6. November fand eine Mitglieder-versammlung statt. Aus den Werkstattberichten ging hervor, daß auch die Leipziger Kollegen von der Krise arg betroffen werden. Eine ganze Reihe Betriebe hat teils Entlassungen vorgenommen, teils, um dies zu vermeiden, auf Antrag der Kollegen, die Arbeitszeit verkürzt. Einige Kollegen beklagten sich über Unternehmer, welche die schlechte Konjunktur benutzen wollen, um Abzüge vorzunehmen. Den Arbeitern, die dieserhalb vorstellig wurden, sei brutal geantwortet worden, daß sie froh sein müßten, wenn sie noch arbeiten dürften. Hier wäre es an der Zeit, daß jeder noch Außenstehende seiner Pflicht nachkommen, und den Weg zum Verbands finden möchte. Es ist bezeichnend, daß in den Betrieben, wo das Organisationsverhältnis ein schlechtes ist, auch die Löhne jeder Verbesserung spotten. Die Kollegen werden aufgefordert, nur den Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen.

**Magdeburg.** (Korbmacher.) In der am 7. November abgehaltenen Sektionsversammlung waren nur fünf Werkstätten von den 14 am Ort vorhandenen vertreten, trotzdem von der Verwaltung in jede Werkstatt Versammlungszettel gesandt worden sind. Kollege Gorgas berichtete über die von den Arbeitgebern arrangierten Konferenzen in Magdeburg und Alen, um gemeinschaftlich die ganz besonders in Alen getriebene Schmutzkonkurrenz aus dem Wege zu räumen. Leider haben bei dieser Gelegenheit auch unsere Alener Kollegen versagt; sie treiben ihre verwerfliche Schmutzkonkurrenz jetzt noch ärger wie vorher. In der Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, einmal von den Magdeburger Kollegen einige zur Agitation nach Alen zu senden. Gorgas wandte sich dagegen, da am Orte selbst noch sehr viel zu tun ist, wie der Versammlungsbefuch beweise. Ganz besonders ist es der Kollege Brehm, welcher in einer geradezu skandalösen Weise bei Land die Erfolge der letzten Jahre mit Füßen tritt, wodurch es Herrn Land wiederum möglich ist, Zahn erfolgreich Konkurrenz zu machen. Weil dieser Brehm eine Umzugsunterstützung von Brandenburg nach hier nicht erhalten, wozu er nach dem Statut gar nicht berechtigt war, agitiert er mit allen Mitteln gegen uns. Auch bei Wehel ist ein Nachkollege Junge beschäftigt, welcher die Stühle netto 40 Pf. billiger anfertigt, wie bei Zahn üblich ist. Dafür kennen Brehm sowohl wie Junge auch keine Normalarbeitszeit, sondern Leberstunden und Heimarbeit sind an der Tagesordnung. Geradezu unerhörte Preisblüten wurden aus der Werkstatt von Reinick und auch von Zahn berichtet, indem den Kollegen zugemutet wird, Schutzhäuben für 5 Pf. anzufertigen, während ein tüchtiger Arbeiter nur bei 12 Pf. 50 Pf. die Stunde verdienen kann. Die auswärtigen Kollegen werden aus vorstehendem ersehen, wie notwendig es ist, hier keine Arbeit anzunehmen, bevor nicht erst im Verbandsbureau, Große Storchstraße 177, Auskunft über unsere Arbeitgeber eingeholt ist. Nur wenn dies befolgt wird, kann es vermieden werden, den Schmachtriemen enger schnallen zu müssen. Da unser Sektionsleiter Wöhrsch auch Meister geworden ist, sind vorläufig alle Anfragen an unser Bureau zu richten. Festgesetzt wurde noch, daß unsere Versammlungen jetzt jeden ersten Sonnabend im Monat Große Storchstraße 7 im „Sachsenhof“ tagen.

**Nabeberg.** Bei der jetzigen Krisis können wir so recht die Unternehmer lernen, denen unser Holzarbeiterverband ein Dorn im Auge ist und die jetzt die Zeit benutzen, um sich der Verbandsmitglieder zu entledigen. Am meisten hat sich bei uns in dieser Beziehung Herr Koch in Firma Koch u. Kissig hervorgetan. Schon im Mai und Juni mußten zwei Kollegen ihre Arbeitsstelle verlassen und jetzt ist ihnen ein dritter gefolgt. Obwohl es alle brauchbare Arbeitskräfte waren, hatte sie Herr Koch als Verbändler nicht länger dulden können. Hat er doch selbst gedankt, daß er ganz hübsche Leute in seinem Betriebe habe, aber die Verbändler die möchte er gerne los werden. Die Behandlung der Arbeiter durch Herrn Koch spottet jeder Beschreibung. Nach Schilderungen der Kollegen möchte man sich in einem Ochsenstall verfehlt fühlen, wenn das Gebrüll losgeht, sobald einer nicht ganz den Lainen des Herrn Koch nachkommen ist. Am schlimmsten ist es, wenn jemand mal in Stundenlohn arbeitet. Da werden jubel Stunden aufgelegt und was noch alles, und der Betrüger ist fertig. Hier müßte jeder mit Hand anlegen, daß derartige Unternehmer eines Besseren belehrt werden. Es wird ja auch wieder eine Zeit kommen, wo auch wir wieder mitreden werden. Jeder Kollege müßte seine größte Aufgabe darin sehen, recht viele Mitglieder unserem Verbands beizubringen, damit wir immer mehr unsere Reihen verstärken und ein desto kräftigeres Wort mitreden können. Ebenso verhält es sich mit den Werkmeistern, die kommen und gehen. Ein einsichtiger Unternehmer sagt sich doch gewiß, daß es besser ist, eingerichtete Kräfte zu haben, als fortwährend neue Leute, die sich erst einarbeiten müssen. Den größten Schaden davon haben aber die Arbeiter, wenn sie Stunden und halbe Tage auf Material warten müssen. Am besten kann man sich noch vor unheimlichen Vorkommnissen schützen, wenn man einen großen Bogen um derartige Betriebe macht. Ganz unverständlich ist auch das Verhalten Herrn Kochs seinen Arbeitern gegenüber, da er doch hauptsächlich Arbeiter zu seiner Arbeitskraft zählt. Früher, wenn Sonnabends das Geld nicht ganz langte zum Auszahlen der Arbeiter, da wußte man mit hübschen Worten die Leute zu vertrösten, damit sie Montags wieder kamen. Es ändern sich die Zeiten, aber auch die Leute. Was früher die Leute jubel Mühsal genommen haben bei Herrn Koch, das müssen sie jetzt auskosten. Wir haben aber am Orte noch so viele Kollegen, die weit besser mit helfen könnten, auch uns mehr Achtung zu verschaffen, aber die meisten lassen den lieben Gott einen guten Mann sein. Ein jeder müßte doch alle vier Wochen mal Zeit haben, unsere Mitgliederversammlung zu besuchen, und mit beraten und helfen, wie wir unsere Lage verbessern können. Öffentlich beherzigen die Kollegen diese Mahnung, und erinnern sich, daß noch viel Versäumtes nachgeholt werden muß.

**Schwern i. M.** Wir haben hier zirka 220 Mitglieder in unserer Zahlstelle, aber leider steht der Besuch der Versammlungen nicht im rechten Verhältnis zu dieser Mitgliederzahl. Ob dies nun an der Veranlassung liegt, welche ja gewöhnlich als Sündenbock betrachtet wird, oder ob die guten Lohn- und Arbeitsverhältnisse es mit sich bringen, das wollen wir dahingestellt sein lassen. In den hier bestehenden Krieger-, Militär- und Klinkbimbvereinen, auch teutschen Gesangs- und Turnvereinen, von welchen hier recht viel sind, dahin gehen die Kollegen. Ja, es kommt vor, daß von einzelnen Propaganda dafür gemacht wird. Auch das Geld spielt dann keine Rolle. Kollegen, bedenkt was unsere Aufgabe ist und wohin ihr mit Eurem Tun steuert. Die auf Beschluß einer früheren Versammlung aufgenommene Lohnstatistik hat ergeben, daß 217 Kollegen in Lohn und 103 Kollegen in Akkord arbeiten. Die Stundenlöhne bei Lohnarbeit schwanken zwischen 28 und 60 Pf. und betragen im Durchschnitt 40 Pf. Im Akkord beträgt der durchschnittliche Stundenverdienst 41 Pf. Er geht darunter bis auf 20 Pf., doch verdienen auch im Akkord nur 4 Kollegen mehr als 52 Pf. pro Stunde. Die niedrigsten Akkordverdienste kommen bei den Korzarbeitern vor, doch wäre immerhin eine Verbesserung des Lohnes bei den Tischlern jedenfalls nicht unangebracht.

Die Arbeitsgelegenheit ist ja im Verhältnis zu anderen Orten hier immerhin nicht schlecht zu nennen gewesen, das hörte man aus der angegebenen Leberstundenzahl heraus, wo 12 Stunden pro Woche nichts seltenes sind. Wir haben hier unseren Arbeitsnachweis, welcher ganz gut funktioniert; aber Kollegen, alle müssen wir danach hinstreben, das Umschauen zu unterlassen, und auch die Fremden möchten sich ebenfalls den hiesigen Verhältnissen beim Lohnmachen usw. anpassen. Kollegen, zeigt, daß Ihr gewillt seid, eure wirklich nicht rosigen Verhältnisse zu verbessern, kommt in die Versammlungen, helft beraten und beschließen und nützt nicht über jede auch geringste Kleinigkeit. Die Verwaltung gibt sich alle mögliche Mühe, durch Annoncen und Handzettel die Kollegen aufzurütteln, aber trotzdem ist kein rechter Erfolg zu spüren. Kollegen, vieles könnte in Punkt Einladung gespart werden, wenn Ihr Euch unserer, alle 14 Tage stattfindenden Versammlung erinnern und kommen würdet. Zeigt, daß Ihr es ernst meint mit der Verbesserung Eurer Lage; kommt in unsere Versammlung und meidet die Klinkbimbvereine.

**Singen.** Der Winter ist gekommen, die Meister werden stolz, heißt es in einem alten Gesellenlied, dessen Richtigkeit wir in der jetzigen Winterzeit wieder bestätigt finden. Auch in Singen, wo fast jeder Meister in den fetten Jahren sein Schäferschaf ins Trockene gebracht hat, macht man in dieser Hinsicht keine bessere Erfahrungen. So hat zum Beispiel der Schreinermeister Julius Schmid eine eigene Methode, seine Gesellen zu schikanieren. Vor kurzem erklärte er, jetzt wird nur noch acht Stunden täglich gearbeitet, weil zu wenig Arbeit vorhanden ist, trotzdem holte er drei Tage später zwei Schreiner von der Herberge mit dem Hinweis, daß Arbeit genügend vorhanden wäre, aber acht Tage darauf wurde den Kollegen schon wieder gekündigt mit der Bemerkung, sie könnten auch sofort gehen. Die Kollegen verließen dann auch sofort das arbeitsreiche Feld. Einem dritten Kollegen, welcher schon länger dort beschäftigt war und auch zu gleicher Zeit die Kündigung erhielt, den Wink aber mit dem Zaunpfahl, sofort aufzuhören, nicht verstand, wurde der schöne Titel Lausbube zuteil, und als er sich dagegen verwahrte, drohte der starke Herr Schmid mit Ohrenfeigen. Auch der Schreinermeister Meßner dürfte mit seinen Neukungen vorächtiger sein und nicht immer mit der humanen Drohung kommen, wenn's nicht paßt, kann gehen. Andernfalls könnte es passieren, daß die Arbeiter, welche jetzt jahrelang unerbötlich für den Meister gearbeitet haben, zu gegebener Zeit anders reden als bisher. Den Herren kann nur geraten werden, die Saiten nicht zu straff zu spannen.

**Unsere Lohnbewegung.**

In Guben dauert der Streik der Korbmacher fort. Es wurden durch den Gauvorsteher Unterhandlungen eingeleitet, welche aber resultatlos verliefen. Infolgedessen wurde in der Versammlung beschlossen, daß zwei Kollegen die Arbeit niederlegen, die bei einem Kleinmeister arbeiten, welcher die Körbe an eine Firma liefert, bei welcher gestreikt wird. Die Zahl der Streikenden ist somit auf 12 gestiegen. In die auswärtigen Kollegen richten wir die Bitte, den Zug fernzuhalten.

**Ausland.**

In Wien geht die Lohnbewegung der Wagner ihrem Ende entgegen. Nach elfwöchentlicher Aussperrung hobet die Unternehmer am 31. Oktober plötzlich die Sperre auf und meinten, die Arbeiter würden scharenweise in die Betriebe zurückkommen. Diese Rechnung erwies sich als falsch. In wiederholten Verhandlungen hatte man sich über Arbeitszeit, Minimallohn usw. geeinigt, nur jenen Arbeitern, welche durch die Festsetzung der Minimallohne eine Lohn-erhöhung nicht erhielten, wollten die Unternehmer unter keinen Umständen etwas gewähren, obwohl die Arbeiter bereits von den geforderten 10 Proz. auf 6 Proz. herabgegangen waren. Die Unternehmer brachen deshalb die Verhandlungen ab und beschloßen in einer am selben Tage stattgefundenen Unternehmerversammlung, die Sperre aufzugeben. Am 31. Oktober, abends legte die Versammlung der Gehilfen in welcher beschlossen wurde, nach in die Werkstätten zu gehen, sondern — zu streiken bis die Unternehmer die verlangten 6 Proz. Lohn-erhöhung zugestehen. Beinahe drei Wochen hat es noch gedauert, bis die ersten Unternehmer das Lohnkomitee rufen ließen, um mit ihm zu unterhandeln. Die Unternehmer hatten nicht nur von jedem einzelnen in den Versammlungen das Ehrenwort abverlangt, daß er nichts bewilligen werde, sondern sich auch noch durch hinterlegte Wechsel zu sichern gesucht, aber alles hat nichts genützt. Die Arbeit, welche durch vierzehn Wochen zurückgeblieben war, drängte zu sehr, und so sehen wir fallen Zweig auf Zweig. Wenn die Sache so fortgeht, ist in vierzehn Tagen diese Bewegung zu Ende. Der Wunsch der Unternehmer, durch diese Bewegung einen Kollektivvertrag für die Wagnerbranche zu erzielen, ist so gut wie ins Wasser gefallen, da durch die Einzelabschlüsse mit den Unternehmern mehr erreicht wurde als bei den Verhandlungen zugestanden war. Die Erzwungenschaft der Arbeiter ist nicht so gering als vielfach angenommen wird. Es wurde bisher für alle Betriebe der Neuntagesarbeit zugestanden. Minimallohne von 19 bis 32 Kronen wurden je nach der Verwendung zugestanden. Wesserbezahlung der Leberstunden sowie Feiertagsarbeit und eine fünf- bis zehnprozentige Vollerhöhung für diejenigen Arbeiter, welche durch Festlegung der Minimallohne eine Lohn-erhöhung nicht erhalten. Diese ungleiche prozentuale Vollerhöhung erschwert auch das Zustandekommen eines Kollektivvertrages. Wir sehen also hier wieder eine Lohnbewegung ihrem Ende entgegengehen, die den Beteiligten auf beiden Seiten gezeigt hat, daß die heutigen Kämpfe alle zu Kraft- und Machtpöben werden, aus welchen nur jener Teil als Sieger hervorgeht, welcher am längsten aushalten kann. Bevor nicht ganz die Bewegung abgeschlossen ist, werden die Kollegen Wagner erlucht, Wien noch zu meiden.

**Aus der Holzindustrie.**

**Das Obligatorium im Arbeitsnachweis.**  
Wir sind wieder einmal schlechte Perle gewesen, und die „Fachzeitung“, die diese Entdeckung zum soundsoelsten Male macht, ist natürlich die reinste Anschul, die kein

Wässerschön trüben kann. Unsere Ausführungen über den Arbeitsnachweis in der Nr. 46 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben es ihr angetan und lassen sie ihre Lenden mit einer hölzernen Plempe umgürten. Zwar soll das nur der Verteidigung gelten, sie denke nicht an Angriff, und niemand habe dem paritätischen Arbeitsnachweis zu nahe treten wollen. Da auch wir nur für den Fall von Kämpfen geschrieben hatten, daß man versuchen wolle, die Arbeitsnachweise zu Maßregelungsbureaus à la Hamburg zu machen, so könnten wir uns eigentlich mit der Versicherung zufrieden geben, wenn nicht das Verhalten der „Fachzeitung“ mit dieser Erklärung im Widerspruch stünde. Von uns hat niemand an Kampf zur Einführung des Obligatoriums, wie uns die „Fachzeitung“ unterstellt, gedacht. Ausdrücklich haben wir erklärt, daß ein Arbeitsnachweis seine Aufgabe nur erfüllen kann, wenn er von dem Vertrauen aller Beteiligten getragen wird. Das schließt den Kampf aus. Das erforderliche Vertrauen wird fehlen, wenn der Nachweis einer Partei aufgedrungen wird. Wir denken nicht an Kampf, wir appellieren an die bessere Einsicht, und hoffen es noch zu erleben, daß die größten Schweißhände gegen das Obligatorium des Arbeitsnachweises in der Holzindustrie noch eines Tages die Holzarbeiter anflehen werden, ihnen bei der Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises behilflich zu sein.

Zurzeit freilich ist die Einsicht im gegnerischen Lager noch recht gering; zurzeit versucht die „Fachzeitung“ noch unter dem Vorgeben, das von der Arbeiterschaft erstrebte Obligatorium zu bekämpfen, gegen die Paritätät im Arbeitsnachweis zu Felde zu ziehen. Darauf und nur darauf laufen ihre Demängelungen hinaus. Unser Mißtrauen ist also begründet. Was soll es denn heißen, wenn z. B. die „Fachzeitung“ schreibt: „Wie es jedem misliebigen Arbeitgeber auf dem obligatorischen, jede andere Methode der Stellenbesetzung ausschließenden paritätischen Nachweise ergehen würde, das haben ja die Vorgänge auf dem jetzigen Gott sei Dank noch nicht obligatorischen Nachweise zur Genüge ergeben. Es gibt genug Arbeitgeber, die von dem stillen Boykott, der über sie verhängt wurde, ein Lied zu haben.“

Diesen ungeheuerlichen Vorwurf erhebt das Blatt gegen Arbeitsnachweise, die unter der Leitung beider Organisationen stehen, bei denen, wie in Berlin, auf das ganze Ausführungen gemünzt sind, der Arbeitgeberverband, bei welchem die gleiche Zahl Verwalter stellt wie der Holzarbeiterverband, das wird behauptet von einem Nachweis, bei welchem der Einfluß der Arbeitgeber so weit reicht, daß die von den Arbeitgeberangestellten bemerkten Kontrollzeichen vom Holzarbeiterverband als genügender Ausweis zum Erhalt der Arbeitslosenunterstützung anerkannt wird. Wir wiederholen: die „Fachzeitung“ behauptet, daß Arbeitgeber von einem Arbeitsnachweise boykottiert wurden, der unter dem maßgebenden Einflusse der Vertreter der Arbeitgeberorganisation steht. Das ist stark. Und wir wagen das so lange als schändliche Verleumdung zu bezeichnen, bis die Beweise für eine solche Behauptung erbracht sind.

Und warum die ganze Aktion? Um den paritätischen Nachweis in Mißkredit zu bringen in der Hoffnung, auf seinen Trümmern einen eigenen Nachweis zu gründen oder mindestens das Obligatorium zu verhindern. Dabei beruhen alle dem jetzigen paritätischen Nachweise nachgeredeten oder wirklichen Uebel auf dem Mangel des Obligatoriums. Man führe das Obligatorium ein und die Uebelstände sind verschwunden. Heute wird ein erheblicher Teil der Stellen unter Hand oder sonst unter Umgehung des Arbeitsnachweises besetzt. Die Folge ist die Lage der Arbeiter wie beim alten Lohnnachweis nur unterwerfliche Kräfte und die Lage der Arbeiter, was auf dem Arbeitsnachweis zu erhalten ist, ist Druck. Das Obligatorium wird bewirken, daß alle Stellen durch den Arbeitsnachweis vermittelt werden und die Klagen werden verschwinden. Es werden dann gute Stellen und gute Arbeiter zu haben sein. Etwa entstehende Härten sind, wie jeder Unbefangene zugeben muß, durch die Bestimmungen des zwischen den beiden Zentralvorständen in Eisenach vereinbarten Musterregulativ für paritätische Arbeitsnachweise in der Holzindustrie“ sehr glücklich gelöst. Wir lassen die wichtigsten Bestimmungen folgen:

Offene Stellen sind von den Arbeitgebern möglichst sofort beim Nachweis anzumelden. Dieselben sind nur durch den Nachweis, und zwar der Reihenfolge der Meldung nach, zu besetzen. Um eine schleunige Besetzung zu ermöglichen, soll genau angegeben werden, zu welchen Arbeiten die Arbeitskraft gewünscht wird. Sind geeignete Arbeitskräfte nicht genügend vorhanden, so sollen beide Arbeitsvermittler für die Heranziehung solcher Sorge tragen. Melden sich innerhalb einer Woche trotzdem keine Arbeitsuchenden der Branche, so steht es dem Arbeitgeber frei, sich selbst um solche zu bemühen.

Die Arbeiter werden nach der Reihe der Meldung vermittelt, doch soll den berechtigten Wünschen nach beiden Seiten Rechnung getragen werden. Vermittelungen von Arbeitskräften außer der Reihe dürfen nur unter Zustimmung der beiderseitigen Vermittler erfolgen.

Jeder Arbeitsuchende ist verpflichtet, die angebotene Stelle, soweit sie seinen Fähigkeiten und den vertraglichen Bedingungen entspricht, anzunehmen. Wird jemand zu einer Aushilfe, welche weniger als eine Woche dauert, vermittelt, so bleibt er an seinem Platze im Arbeitslosenregister stehen. Ihm werden jedoch so viel Personen in der Vermittelung vorgezogen, als sich während dieser Zeit haben eintragen lassen. Wer sich dreimal grundlos weigert, eine angebotene Stelle anzunehmen, wird in der Liste ge-

strichen, kann sich jedoch als letzter wieder einzeichnen lassen.

Ebenso soll jeder Arbeitgeber verpflichtet sein, die ihm angebotene Arbeitskraft, soweit dieselbe über die für die vorantete Stelle erforderlichen Fähigkeiten verfügt, einzustellen, und geht er, wenn er sich dreimal grundlos weigert, ebenfalls seines Platzes in der Liste verlustig und wird als letzter neu eingetragen.

Damit ist das Allgemeininteresse dem des einzelnen vorangestellt und dem Einzelinteresse doch die genügende Berücksichtigung widerfahren. Man wird dem zustimmen müssen, wenn man mit der Arbeitsvermittlung keine Nebenabsichten verfolgt, wenn man nicht, um mit der „Nachzeitung“ zu reden, den stillen Wohlstand, den gegen Arbeitgeber anzuknurren ein scheußliches Beginnen ist, gegen mißliebige Arbeiter anzuwenden will. Wir sind der Meinung, daß alle Arbeiter, auch die weniger befähigten, Arbeit erhalten müssen und die „Nachzeitung“ wird von Arbeitgebern, die den Nachweis benutzen, auch den Befähigungsnachweis für sittliches Wohlverhalten nicht abverlangen können und wollen. Und auch im Schutzverband wird es gar manchen Frühlingskräutern geben, bei denen die Gesellen die ganze Woche in Gängen und Bängen leben, ob ihnen am Wochenschluß auch der Lohn gezahlt wird. Auch diese werden Anspruch auf Zuweisung von Arbeitskräften erheben und man wird sie nicht verweigern können. Die Vorteile und Nachteile sind auf beiden Seiten gleich. Darüber waren sich die Vertreter des Arbeitgeberverbands auf der Eisenacher Konferenz klar. Die Herren Kahardt und Stöckel haben rund und nett erklärt, daß das Obligatorium im Arbeitsnachweis selbstverständlich sei und die weitgehendste Benutzung des paritätischen Nachweises im eigenen Interesse der Arbeitgeber liege. Beide haben nur Einwendungen gegen die ursprüngliche Fassung der Absätze 5 und 8 erhoben, die nach ihren Wünschen umgeändert wurden. Ausdrücklich hat Herr Kahardt unter der Zustimmung aller Beteiligten betont, daß damit der Arbeitsnachweis für die Zukunft als Kampfobjekt ausscheide.

Auch der Referent über den Punkt Arbeitsvermittlung auf der 5. Generalversammlung des Arbeiterschutzbundes in Hildesheim, Herr K. Loeb-Dremen, war weitgehend genügt, die Vorzüge des Obligatoriums auch für die Arbeitgeber anzuerkennen. Er führte u. a. aus: Der Grundsatz bei demselben (dem Regulativ) ist der, daß derjenige zuerst Arbeit erhalten soll, der die längste Zeit arbeitslos war, und dieser Punkt ist sicher nicht zu beanstanden. Jedenfalls bedeutet die Tatsache, daß wir zu einer geordneten Arbeitsvermittlung kommen, eine Besserung gegen früher. Beim Umfragen schnappte ein Kollege dem anderen die Arbeiter weg und niemand konnte wissen, ob er an der Reihe wäre. Das Regulativ bringt für viele Städte Vorteile, es schafft erstens geordnete Zustände und schließlich Sperren durch die Arbeitnehmer aus, weil die Vermittlung der Reihe nach erfolgt. Zweitens scheidet die Arbeitsvermittlung als Kampfobjekt aus, und drittens wird die Lohnreibung erschwert.

So ein Arbeitgeber, der auf eine mehrjährige Erfahrung mit dem Obligatorium zurückblicken kann, er hält die Einführung desselben nur für ungewohnt.

Wirkliche Gründe gegen das Obligatorium im Arbeitsnachweis lassen sich nur aufzählen, wenn man als berechtigt anerkennt will, alles, was sich gegen eine vernünftige Ordnung und Unterordnung wendet, wenn man den Krieg aller gegen alle auch auf diesem Gebiete fortdauern lassen will. Das ist heute glücklicherweise für viele ein überwindlicher Standpunkt. Die wichtigsten Elemente unseres Gewerbes sind sich längst darin einig, daß auch auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung dem bisherigen Durcheinander ein Ende gemacht und System und Ordnung an seine Stelle treten muß. Dagegen wird die Krähwinkelerei rückständiger Tischlermeister nicht aufkommen können. Von den Holzarbeitern ist das Obligatorium im Arbeitsnachweis als unerlässlich für die gesamte Holzindustrie erkannt worden und wir wenden trotz der Gegnerschaft der „Nachzeitung“ unausgesetzt für eine vernünftige Regelung der Arbeitsvermittlung tätig sein.

Ein „seiner“ Unternehmer scheint der Schreinermeister Klingel in Magdalen in Württemberg zu sein. In einem Blättchen seines Wohnorts erläßt der Drabe nachstehendes Inserat:

Einige solide, tüchtige, auf Möbel gewandte Arbeiter können sofort eintreten.

G. Klingel, Schreiner, (Lumpen und Tagediebe werden nicht eingestellt.)

Jedes Wort der Kritik an dieser Leistung erübrigt sich. Das famose Inserat bestätigt aufs neue die bekannte Tatsache, daß bei schlechtem Geschäftsgang die Meister stolz werden, und zwar um so stolzer, je geringer sie mit Geistesgaben gesegnet sind. Es wird zwar noch eine Zeit einwirken, in der Herr Klingel manierlichere Formen für Arbeitergesuche finden wird, ob aber dann die Schreiner sich darum reizen werden, bei unverschämten Drautern in Arbeit zu treten, ist eine andere Frage.

### Gewerkschaftliches.

Herr Johann Giesberts, der Schwäcker.

Von Herrn Johann Giesberts, dem talentvollen Führer der christlichen Gewerkschaften, werden jetzt Dinge mitgeteilt, die auf ihn und seinesgleichen ein recht bezeichnendes Licht werfen. Es handelt sich um Vorgänge während der diesjährigen Tarifbewegung im rheinisch-westfälischen Baugewerbe, bei denen Herr Giesberts eine

mehr als zweifelhafte Rolle gespielt hat. Es sei zu Ruh und Frommen unserer Leser hier kurz über diesen Fall berichtet:

„Unterm 7. Februar 1908 behauptete in einer in Köln stattgefundenen Versammlung der Arbeitgeber für das Baugewerbe der Vorstehende, Herr Thiemann, daß ihm von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in M.-Gladbach, Herrn Weder (Zentrumsmitglied und Fraktionskollege des Herrn Giesberts. Die Red.), die Mitteilung geworden sei, daß Herr Giesberts sich diesem Herrn gegenüber geäußert habe, „die christlichen Gewerkschaften ständen voll und ganz auf dem Boden des Tarifvertragsentwurfes des Arbeitgeberverbandes und man würde keine höheren Lohnansprüche stellen, jedoch könne man sich an das Wort „tüchtig“. Daraufhin hat Herr Giesberts an eine Reihe von Vätern eine Verächtigung geschickt, worin es heißt, daß er eine derartige Erklärung nie und nigrigends gemacht habe. Er habe dazu weder eine Veranlassung noch eine Berechtigung, da die Verhandlungen über den neuen Tarif Sache des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands sei, dem er nicht angehöre.

Der Vorsitzende des Kölner Arbeitgeberverbandes, Herr Thiemann, wandte sich deshalb an den Vorsitzenden des M.-Gladbacher Arbeitgeberverbandes, Herrn Weder, damit dieser sich über die Behauptungen Giesberts äußere. Herr Weder in M.-Gladbach richtete nunmehr an den Reichstagsabgeordneten Giesberts das nachfolgende Schreiben:

„Wir haben uns zur Zeit kurz nach der Einreichung unserer Arbeitsordnung an die christliche Gewerkschaft im Restaurant Herfs über dieselbe unterhalten. Sie sagten mir damals, daß die christlichen wohl auf keine Erhöhung des Lohnes und auch auf keine Verkürzung der Arbeitszeit rechnen würden, jedoch würde man an dem Worte „tüchtig“ sich reiben. Ich habe diese Ihre Äußerung gleich anderen Tages meinen Kollegen mitgeteilt, wodurch Herr Thiemann-Köln in einer dortigen Besprechung davon Gebrauch machen konnte. Die „Rheinische Zeitung“ hat diese Ihre Äußerung in ihrer Nummer vom 12., 14. und 18. Februar 1908 besprochen, und auch von Ihnen eine Verächtigung gebracht, worin Sie in Abrede stellen, eine solche Äußerung weder öffentlich noch privatim gemacht zu haben, auch sei es Sache des Zentralverbandes der christlichen Bauhandwerker, welchen Sie nicht angehören. Ihre zur Zeit gemachten Äußerungen liegen erkennen, daß Sie die von uns seit einigen Tagen eingereichte Arbeitsordnung in allen Einzelheiten kannten und mußte ich annehmen, daß Sie bei einer Besprechung derselben mitgewirkt haben.

Ich werde nun Herrn Thiemann in Köln benachrichtigen, daß er diesen Tatbestand durch die Presse bekannt gibt. Sollten Sie aber einen anderen Weg wählen wollen und den Herrn Thiemann von dem ihm gemachten Vorwurf der Unwahrheit befreien, so steht derselbe in einigen Tagen Ihrer Antwort entgegen.

Achtungsvoll

H. Weder.

Gleichzeitig hat Herr Weder den Vorsitzenden des Kölner Arbeitgeberverbandes, Herrn Thiemann, den Tatbestand in der Presse unter Nennung seines Namens (Weder) bekannt gegeben. Er hat nun Herr Giesberts benachrichtigt, daß Herr Weder an die Antwort erinnert wurde, ist eine solche nicht eingetroffen, ein Beweis, daß es mit den Äußerungen Giesberts, die christlichen Gewerkschaften ständen voll und ganz auf dem Boden des Tarifvertragsentwurfes des Arbeitgeberverbandes usw. seine Richtigkeit hatte und er nicht in der Lage war, diese zu entkräften.

Es wird dann noch weiter gesagt, daß das Verhalten Giesberts dem Frieden zwischen Arbeiter und Unternehmer keineswegs dienlich sei und Giesberts treffe die Schuld, „wenn durch derartige Verheerungen dem Unfrieden immer wieder neue Nahrung zugeführt wird“.

Nachdem Giesberts so vor der ganzen Öffentlichkeit von seinem eigenen Parteigenossen und Fraktionskollegen Weder festgenagelt war, konnte er unmöglich noch länger schweigen. Er hatte sich also 1. von dem Vorwurf zu reinigen, daß er die wichtigsten Geheimnisse einer christlichen Arbeiterorganisation dem Vorsitzenden einer Unternehmerorganisation verraten; 2. wider besseres Wissen der sozialdemokratischen Presse Verächtigungen gesandt zu haben. Sehen wir zu, wie sein Reimigungsversuch ausfällt. Giesberts meint in seiner Zuschrift an die „Rhein.-Westf. Arbeitgeberzeitung“, daß es sich um eine Sache handele, „die besser der Vergangenheit anheimgefallen wäre“. Dann schreibt er weiter:

„Im Anfange dieses Jahres kam eines Tages während der Reichstagsitzung in Berlin mein Kollege Wiedeberg, Vorsitzender des christlichen Bauhandwerkerverbandes, zu mir und teilte mir mit, daß die Presse die Nachricht verbreite, der christliche Arbeiterführer Giesberts hätte sich dahin ausgesprochen, daß die christlichen Arbeiter bei der Revision des Bauarbeitertarifs keine Lohnerrhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen fordern würden, wohl würde

der Ausdruck „tüchtig“ in dem neuen Tarifentwurf Anlaß zu Streitigkeiten geben. So ähnlich soll die Nachricht in der Presse gelaunt haben. Ich habe keine der Zeitungsnotizen zur Hand, um den authentischen Wortlaut feststellen zu können. Ich erklärte darauf sofort, daß diese Nachricht falsch sei: ich hätte mit keinem Vertreter der Arbeitgeber weder öffentlich noch privatim verhandelt, wozu mir ja auch keine Veranlassung geboten sei, da ich nicht Mitglied des christlichen Bauhandwerkerverbandes sei. Auf Wunsch erließ ich dann eine entsprechende Verächtigung.

Kurz nachher erhielt ich das Schreiben von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes in M.-Gladbach, Herrn Weder, wie es im vorigen Artikel im Wortlaut abgedruckt ist. Ich war darüber sehr erstaunt. Das Gespräch mit Herrn Weder lag längere Zeit zurück. Ich glaube wohl 6-8 Wochen und ich hatte mich dessen wirklich nicht erinnert. Man wird mir glauben können, wenn ich sage, daß es mir faktisch unmöglich ist, alle Gespräche, die am Diertisch über politische und sozialpolitische Angelegenheiten geführt werden, im Gedächtnis zu behalten. Das Gespräch mit Herrn Weder konnte mir um so weniger im Gedächtnis haften, als dasselbe vollständig nebensächlich und privatim war. Herr Weder und ich sind beide Stadterordnete der Zentrumsparterie in M.-Gladbach. Nach den Sitzungen pflegen wir mit noch mehreren anderen Kollegen gemeinsam ein Glas Bier zu trinken. Bei einer solchen Gelegenheit ist das Gespräch auf den Bauhandwerkertarif gekommen. Den Wortlaut heute noch festzustellen, ist nicht möglich. Es ist aber vollständig ausgefallen, daß ich das gesagt haben soll, was Herr Weder in seinem Briefe angibt. Ich kann gesprochen haben, daß über die Lohnfrage und die Arbeitszeitfrage wohl allgemein eine Verständigung möglich sei und es dieserhalb nicht zu schweren Kämpfen zu kommen brauche, daß aber das unglückliche Wort „tüchtig“ Anlaß zu Differenzen geben könnte.

Ich muß es der Öffentlichkeit überlassen zu urteilen, was davon zu halten ist, wenn aus einem vollständig nebensächlichen Privatgespräch die Schlüsse gezogen werden, die Herr Weder gezogen hat und dasselbe eine derartige Verwendung findet, wie es durch Herrn Weder geschehen ist. Der aller einfachste Anstand hätte Herrn Weder veranlassen müssen, falls er auf meine Äußerung einen solchen Wert legte, von mir die Genehmigung zu erbitten, dieselbe entsprechend weiterzugeben. Selbst politische Gegner halten es für unanständig, Privatgespräche öffentlich zu verwerten; am allerwenigsten darf man das erwarten von Gesinnungsgenossen, mit denen man in einer Fraktion im Stadtrat sitzt. Wenn ich Herrn Weder keine Antwort auf sein Schreiben gegeben habe, so deshalb, um keine Weiterungen herbeizuführen, die das persönliche Verhältnis zwischen uns noch mehr beeinträchtigen könnten.“

Herr Weder säumte auch nicht, sofort Herrn Giesberts die gebührende Antwort zu geben. Gleich anschließend an Giesberts Erklärung schreibt er:

„Es hat lange Zeit beansprucht, ehe sich Herr Giesberts bereit gefunden hat, auf meinen ihm seinerzeit nach Berlin gesandten Einschreibebrief zu antworten. Er macht mir den Vorwurf, daß ich eine private Äußerung ohne „seine Erlaubnis“ weitergegeben hätte, auch könnte er sich nicht aller Gespräche „erinnern“, die am Diertisch gefallen. Es konnte mir gewiß niemand übelnehmen (außer Herr Giesberts), daß ich die Äußerung desselben meinen Kollegen in einer am folgenden Tage stattgefundenen Vorstandssitzung mitgeteilt habe. Daß es für Herrn Giesberts heute unangenehm ist, daß die Angelegenheit nunmehr näher beleuchtet wird, kann man wohl verstehen. Warum hat er solange auf sich warten lassen, und die nach „seiner Ansicht“ von mir begangene Ungeheuerlichkeit nicht eher vorgehalten? Die Verhandlungen im Februar-März mit den Arbeiterorganisationen zeigten ja zur Genüge, daß es sich nur um das Wort „tüchtig“ gehandelt und mußte G. seinerzeit Beratungen, die unter den Organisationen stattfanden, beigewohnt haben und ist es eventuell nicht ausgeschlossen, daß er bei dieser Gelegenheit mitgewirkt hat. Ob derselbe nun Mitglied oder nicht Mitglied der Bauhandwerkerorganisation ist, kommt hier nicht in Frage, sondern die Mitwirkung in solchen Sachen.

Unverständlich ist es, und dies wird wohl niemand von Herrn G. glauben, daß er sich eines derartig wichtigen Gesprächs nicht mehr „erinnern“ kann.

Die Verwendung der Äußerung des Herrn G. ist ja auch nur privatim in der seinerzeit stattgefundenen Vorstandssitzung geschehen und war es nicht meine Schuld und die Absicht des Herrn Thiemann, wenn die Öffentlichkeit hierbon Kenntnis erhielt. Dem Herrn Thiemann den Verdacht der Unwahrheit zu belassen, um den Herrn G. zu schonen, das kann niemand von mir erwarten.“

Dies der Tatbestand. Selbst aus dem, was Herr Giesberts öffentlich zugibt, geht soviel hervor, daß er hier als Arbeiterführer mindestens straflich leichtsinnig gehandelt hat. Es liegt aber gar kein Anlaß vor, an der Wahrheit der Schilderung des Unternehmers Weder zu

zweifeln, nach der Herr Giesberts allerdings nicht nur sträflich leichtsinnig gehandelt hätte. Hier erscheint Giesberts schon in der Rolle des unwahrhaftigen Menschen und des unverantwortlichen Schwäfers dazu. Es fehlt nur noch die Mitteilung, daß Herr Giesberts ausdrücklich im Auftrage des christlichen Bauhandwerkerverbandes geschwört hat, um die Blamage für die christlichen Gewerkschaften zu vervollständigen.

Im Schuhmacherverband wurde gleichfalls eine Abstimmung über die Gründung eines Lederindustrieverbandes vorgenommen. Von den rund 38 000 Verbandsmitgliedern beteiligten sich nur 10 770 an der Abstimmung. Davon waren 8025 für, 2745 gegen den Anrufverband. Da aber die Generalversammlung bestimmt hat, daß die einfache Majorität der Mitglieder, nicht der Abstimmenden, entscheidet, kommt dieses Abstimmungsergebnis einer Ablehnung gleich.

### Eingefandt.

#### Konferenz der Korlarbeiter.

Die mehrfach bereits angekündigte Konferenz der Korlarbeiter berufen wir hiermit auf Montag, den 28. Dezember d. J., nach Berlin ein. Als Tagesordnung haben wir nach den aus Kollegenreisen eingegangenen Vorschlägen vorläufig aufgestellt:

1. Die Lage in der Korlarindustrie (Referat);
2. Bericht der Delegierten;
3. Errichtung einer Zentralkommission;
4. Der Arbeitsnachweis.

Die Konferenz wird morgens 9 Uhr im Sitzungssaal des Verbandsvorstandes, Neue Friedrichstr. 2, eröffnet.

Wegen der Entfernung eines Delegierten haben die Sektionen der Korlarbeiter sich mit ihrer Lokalverwaltung zu verständigen. Die Delegationskosten sind aus lokalen Mitteln zu decken, doch ist der Vorstand bereit, finanziell ungünstig gestellten Zahlstellen auf ihren Antrag je nach Erfordernis einen Zuschuß aus der Verbandskasse zu gewähren.

Diesbezügliche Anträge sind durch die Zahlstellenverwaltung des Ortes spätestens bis 10. Dezember an uns einzureichen.

Die gewählten Delegierten haben sich von der Zahlstellenverwaltung ihres Ortes ein Mandat ausstellen zu lassen. Für die Delegiertenwahl sind die Vorschriften im „Handbuch für die Verbandsfunktionäre“, Seite 3 Biff. 4, zu beachten.

Schwache Anträge, welche auf der Konferenz besprochen und erledigt werden sollen, ersuchen wir zum Zweck der Vertiefung baldigst an uns einzusenden.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

### Agitation unter den Kammmachern.

Unterzeichnete Kommission hat ein Flugblatt zur Agitation unter den in der Kamminindustrie beschäftigten Arbeitsträften zum Versand gebracht nach folgenden Orten: Bernau, Darmstadt, Dresden, Wehligen, Frankfurt a. M., Berlin, Hannover, Preznach, Lauterbach, Mannheim, Memmingen, Leipzig, Raumburg, Nürnberg, Oberramstadt, Pforzheim, Schöttmar, Zerbst, Lindau, Speier und Harburg. Wir bitten, dieselben zur Verbreitung zu bringen. Gleichzeitig ersuchen wir die Lokalverwaltungen von Zahlstellen, in denen Kammmacher beschäftigt werden, die in obiger Liste nicht verzeichnet sind, von uns Flugblätter einzufordern. Ebenso werden hierdurch die Kammmacher, welche noch Kenntnis von Orten haben, in denen Kammm- oder Haarschnurartikel angefertigt werden, ersucht, uns hiervon Mitteilung zu machen.

Die Zentralkommission für die Stoff-, Kamm- und Haarschnurindustrie.

J. A. Julius Hilbrandt, Rixdorf b. Berlin, Selchower Straße 6 III.

### Geschloßkörbe.

In einer Zuschrift an den Unterzeichneten befreitet Herr Korbmachermester Starke die in dem Artikel mit gleicher Überschrift in Nr. 44 der „Holzarbeiter-Zeitung“ aufgestellte Behauptung, daß er seine Unterschrift nicht gehalten habe und unter dem vereinbarten Preis bezahle. Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß Herr Starke nur 280 Mk. für Feldpatronenförbe bezahlt, obwohl in dem auch von ihm unterzeichneten Verträge vom 10. März 1908 ein Preis von 3 Mk. vereinbart ist. Herr Starke beruft sich allerdings darauf, daß er von der Behörde keinen Auftrag zu 5 Mk. erhalten habe. Das kommt jedoch nicht in Betracht, da in dem Verträge der von der Behörde zu zahlende Preis nicht genannt ist.

Die Zentralkommission der Korbmacher.

J. A. Otto Richter.

### Literarisches.

Das persönliche Regiment vor dem Deutschen Reichstage. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen im Deutschen Reichstage am 10. und 11. November 1908. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 25 Pf.

Die Veröffentlichung des Kaiser-Interview im „Daily Telegraph“ hatte große Erregung hervorgerufen, weil sie mit erschütternder Deutlichkeit zeigte, welche Gefahren für die Völker mit dem persönlichen Regiment verknüpft sind. Diese Erregung fand ihren Niederschlag in den Interpellationen, welche die verschiedenen Parteien im Reichstage einbrachten.

Die Broschüre enthält die Verhandlungen über diese Interpellationen, bei denen die Genossen Singer und Heine den Standpunkt der Sozialdemokratie vertraten.

Der soziale Gedanke. Leitfaden aus den Schriften der Begründer des Sozialismus. Für die heutige Zeit zusammengestellt von Dr. jur. C. Barbach und Dr. phil. E. Mag. Herausgegeben von Ed. Bernstein. XII und 304 S. 8°. Dresden, 1908. Verlag Soziales Erkenntnis, Dresden-N. 16. Preis in Ulogen geb. 1,80 Mk.

In diesem soeben erschienenen Buche sind die ersten grundlegenden Vertreter des sozialen Gedankens, die Franzosen S. Claude Saint-Simon, Charles Fourier, P. J. Proudhon und der Engländer Robert Owen neben dem großen deutschen Dreigestirn Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, sowie auch Karl Robertus vertreten. Jedem dieser in der Geschichte des Sozialismus an erster Stelle zu nennenden Schriftsteller ist eine kurze Lebensbeschreibung, eine Charakteristik seiner Bedeutung und ein Verzeichnis seiner hervorragendsten Schriften vorangestellt. Marginalien und ein 14 Seiten umfassendes Sachregister erhöhen den Wert des Buches besonders für Propaganda- und Diskussionsredner und als Nachschlagewerk, so daß es auch in der kleinsten Partei- oder Gewerkschaftsbibliothek am Platze sein dürfte.

„In Freien Stunden“, Romanbibliothek in Wochenheften. Vor uns liegen die Hefte 45 und 46. Der Hauptroman „Der Saibud“ von Bucura Dumbrava neigt sich seinem Ende entgegen. Mit Spannung erwarten die vielen tausend Leser jede Fortsetzung dieses prächtigen Romans. Wie uns der Verlag — Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 — mitteilt, wird in dem neuen Jahrgang, der mit dem 1. Januar 1909 beginnt, gleichfalls ein als vorzüglich anerkannter Roman zum Abdruck gebracht. Wir kommen darauf noch zurück. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Durch alle Spektreure und Kolporteurs zu beziehen. Probenummern liefert der Verlag gratis und franko.

### Briefkasten.

Infolge Raummangels mußten mehrere Agitationsberichte und die Korrespondenzen aus Görlitz, München und Torgau zurückbleiben.

Breslau. H. Sch. Wir nehmen an dieser Stelle davon Notiz, daß die Neuordnung der dortigen Zahlstellenbibliothek beendet und deren rege Benutzung äußerst erwünscht ist. Das ist der kurze Sinn der langen auf schwerstem Papier geschriebenen Einleitung, für welche wir auch noch Straßporto zahlen mußten. Ueberdies fehlt der Stempel der Zahlstelle.

Stralsund. Die Zuschrift kann schon deshalb nicht aufgenommen werden, weil der Einsender nicht genannt ist. Aber auch sachlich ist die Polemik unbegründet, da lediglich das bestätigt wird, was in dem Bericht stand.

Kollegen! Abonniert das Fachblatt für Holzarbeiter.

### Veranstaltungs-Anzeiger.

Reudersdorf. Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal Mittelbeververeinsamml. Zahlreiches Erscheinen ermahnt. Die Ortsverwaltung.

### Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Erling, Biebsfrauenstraße 37. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umhauen verboten.

Helmstedt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich im Lindenhof, Holzberg 27. Umhauen verboten. Anfragen von außerhalb sind an den Kollegen H. Kühne, Heinrichsplatz 1, zu richten.

Sergogenstadt. Bevollmächtigter Johann P. bei v. Blumenfeld. Kaffee- u. Weinhandlung, Egelhauser. Lehrling zahl alle Unterstellungen, mittags von 12-1 Uhr und abends von 7-8 Uhr.

Süß. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Maschinenmacher und Korbmacher befindet sich bei Kollege S. Die Kollegen werden ersucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umhauen ist streng verboten. Die Heilunterstützung wird nur im Nachweiskontext ausbezahlt.

Rostock. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Beguinenberg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umhauen streng verboten.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schneider-Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51. Geöffnet 6 1/2-7 1/2 Uhr abends. Umhauen streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege G. in der Schmalbacherstraße 71. Umhauen ist strengstens verboten. Die Heilunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellstr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wien. Der Arbeitsnachweis und Heilunterstützung bei G. Güller, Untere Speichergasse 35. Verlehrslokal im Gewerkschaftshaus.

Wilhelm Kofcher, Korbmacher, sende keine wert, Schwiebus, Poststr. 9.

Josef Ciesentels, Tischler aus Döpenhausen, wird gebeten, seine Adresse zu senden an Andreas Bielefeld, Schmied in Döpenhausen, Post Döpenhausen, Hunsrück.

August Neher, Schreiner, geb. 29. 4. 01 zu Döpenhausen, wird gebeten, seine Adresse an seine Eltern gelangen zu lassen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Fritz Schaper, Schreiner, geb. 11. 8. 81 zu Döpenhausen, wird gebeten, seine Adresse an seine Eltern gelangen zu lassen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Rich. Schwitzing, sende keine Adresse an Herr. Brand bei Freiberg i. S., Berggasse 168.

Fritz Kleemann, Anleimer, aus Baurer, Berg a. Harz, sende sofort Nachricht an meine Eltern.

Alois Winkler, geb. 1888 in Mähren, sende keine Adresse an J. Brendel, Bielefeld, Poststr. 37. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden ebenfalls um die Adresse gebeten.

Valentin Ganswind, sende keine Adresse an Otto Wankl in Remsburg, Mühlstr. 1.

### Berlin.

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:

für Klavierarbeiter, Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter. Boggs & Voigt, Dammstraße 10 und Postfach 100.

1 oder 2 junge Korbmacher auf Metallarbeit sucht für bald. Bedingung gute Arbeiter.

Louis Wiegmann, Olze, Hannover.

Gesucht ein tüchtiger Korbmacher auf geschlagene Arbeit bei dauernder Beschäftigung. W. Ahrens, Schleswig.

### Korbmacher.

8-10 Mann, auf Geschloßkörbe und Roharbeit finden Beschäftigung. Zu melden beim Verbandsarbeitsnachweis Stöben, Katharinenstr. 18a, L. Schulz.

### Pantinenmacher

als Sülzermeister sucht Karl Geyer, Pantinenfabrik, Landsberg a. W., Mühlstr. 108.

### Größte deutsche Tischler-fachschule Detmold

New-Ausbildung. Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfohlen. Die Stillehre f. Tischler, mit 100 Abbild. aller Schnittarten. Hk. u. Direktor Reineking, Detmold.

### Achtung! Tischlergehilfen!

Lassen Sie sich meine Preisliste über vorteilhafte, zellerparende Werkzeuge kommen. Gutes Werkzeug halbe Arbeit.

Ich verleihe solche an Jedermann gratis und franko. Bei Anfragen wolle man auf dieses Blatt Bezug nehmen.

### Heinr. Busch, Hagen i. W.

### Laubsägerei

Kerbschnitzerei :: Holzbrandmalerei. Referat am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz. J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz. Reichhalt. Katalog gratis u. franko. Laubsägeholz von 1 Mark an.

### Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund

gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschreibart zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblicher Postos ihre Adresse an Louis Wankl, Postfach 100, Dammstraße 10, Berlin.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23

Nach zweifeln durch gesch. neuen Verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlichem Pollerpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente

zwei deutsche Reichspatente

zwei deutsche Reichspatente

zwei deutsche Reichspatente

zwei deutsche Reichspatente

zwei deutsche Reichspatente

zwei deutsche Reichspatente

zwei deutsche Reichspatente

zwei deutsche Reichspatente

zwei deutsche Reichspatente

### Höhere Stellungen

erlangt man durch das Studium der Selbstunterrichtswerke Syst. Karnack-Hachfeld: D. Bauerschreiberschule, Die Kunst- und Möbelschreiberschule, Holzbildhauerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule. Glanz. Erfolge. Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwillig. Bonnes & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

### Stomkes Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. M. 1,20. In 10 Hefen, zu haben od. geg. M. 1,20.